

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 37. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 5 2002

## Multikulturelle Zeitbombe



*Bernhard Hess,  
Nationalrat,  
Zentral-  
sekretär, Bern*

**Wie jedes Jahr randalierte der linksextreme Mob im Anschluss an die offizielle 1.-Mai-Kundgebung in Zürich. Auffallend war die Tatsache, dass sehr viele der jugendlichen Krawallmacher sogenannte «Secondos» sind, also jene Zweit- und Drittgenerations-Ausländer, welche sich anscheinend nicht in unsere Gesellschaft integrieren können – oder wollen. Droht auch uns bald multikultureller Bürgerkrieg?**

Nach Angaben der Polizei, der einmal mehr grosses Lob für den vorbildlichen Einsatz gebührt, sind anlässlich der 1.-Mai-Nachdemo in Zürich rund 140 Personen festgenommen worden. Bei den Verhafteten handelt es sich nach Angaben der Stadtpolizei Zürich vorwiegend um Zweitgenerations-Ausländer. Sind wir nun bereits auch hierzulande an der Schwelle zu Rassenkrawallen, wie sie unser westliches Nachbarland Frankreich seit Jahren schmerzlich über sich ergehen lassen muss?

### Pulverfass Frankreich

Lyon, Paris, Marseille – Seit Jahren eskaliert die Situation in den französischen Grossstädten. Vor allem in den anonymen Trabantsiedlungen gleicht die Lage einem Pulverfass: Bandenkriege sind inzwischen an der Tagesordnung, der Ausländeranteil liegt bisweilen um die 80 Prozent und die Feuerwehr wagt sich teilweise nur noch unter Polizeischutz in die Problemzonen. Der multikulturelle Bürgerkrieg hat endgültig die Hauptstadt Paris erreicht. Vor einigen Wochen lieferten sich in den Supermärkten von La Defense, nur wenige Me-

trominuten vom Zentrum entfernt, mindestens 300 Jugendliche eine blutige Schlacht. Die Schläger waren mit Äxten, Messern und Stahlrohren bewaffnet; Polizei und Öffentlichkeit sind schockiert.

**Doch jeder weiss: Wenn die Täter im Polizeibericht als «junge Leute» bezeichnet werden, sind Ausländer gemeint. Aber aus Furcht vor der Rassistmuskeule, die auch in Frankreich über dem öffentlichen Diskurs kreist, wagt niemand das Problem beim Namen zu nennen – und wie bei uns lässt die Polizei aufgegriffene Randalierer in aller Regel gleich wieder frei.**

Allein 15'000 Autos gingen bei multikulturellen Bandenkämpfen letztes Jahr in Flammen auf. Bei den Polizeidienststellen kursiert eine Karte mit den 200 gefährlichsten Vororten Frankreichs. Dort wird erpresst, vergewaltigt, geprügelt, und die Täter werden immer jünger. Die Regierung reagiert hilflos und verteilt, anstatt illegale rigoros abzuschieben oder zu bestrafen, alle paar Monate zigtausende neue Aufenthaltsgenehmigungen. Doch so lässt sich die multikulturelle Zeitbombe in Frankreichs Städten nicht mehr entschärfen. Die Explosion ist nur noch eine Frage der Zeit. So ist es auch nicht verwunderlich, dass nicht der farblose Sozialist und Premierminister Lionel Jospin, sondern der Präsident des «Front National» Jean-Marie Le Pen die Stichwahl um das Amt des Präsidenten gegen den Amtsinhaber Jacques Chirac schaffte.

### Schweizer gegen Schweizer?

Aufgeschreckt wurde die Öffentlichkeit, als im letzten Sommer sowohl in Aarau wie auch in Payerne Ausländer, vorwiegend aus dem Balkan, auf brutalste Art und Weise Rekruten verprügelten. Erst kürzlich ereignete sich im Kanton Zürich wieder ein ähnlicher Vorfall, der jedoch für den Zustand unserer Gesellschaft symptomatisch ist: In Birmensdorf gerieten sich Rekruten auf dem Heimweg aus dem Ausgang massiv in die Haare.

**Démocrate**  **Suisse**  
Pages 13–15

Wahlen Kanton Bern: Sitze gehalten



Bern Stadt:  
Bern Land:  
Amt Thun:

1 SD-Sitz (-1)  
1 SD-Sitz (-)  
1 SD-Sitz (+1)

## SD: Es geht aufwärts!

Gratulation an alle Gewählten: Bei den Berner Grossratswahlen haben wir unsere drei Sitze gut halten können. In Thun, Bern-Stadt und Bern-Land haben wir nun je einen Sitz – die Verteilung im Kanton ist optimaler als bisher und die zwei abtretenden bisherigen Brodmann/Brönnimann konnten nahtlos durch gute Leute abgelöst werden. In der Stadt Bern konnten wir uns wieder auf über 4% Stimmenanteil steigern.

Bei den Gemeindewahlen im Kanton Aargau sicherten wir 2 Sitze, bei den Gemeindewahlen im Kanton Zürich gewannen wir 5 Mandate. Bei den Gemeindewahlen in Köniz gewannen wir einen Sitz.

Verloren haben wir in Riehen und in der Stadt Zürich je einen Sitz und in Aarau ein Mandat (leider nicht mehr angetreten).

Alles in allem ist das eine positive Bilanz. Wir haben nach diesen Wahlgängen im letzten halben Jahr mehr Parlamentsmandate als vorher. Für Baselland heisst das: 10 Landratssitze können drin liegen!

*Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident*

Es entbrannte eine wüste Schlägerei. Auch zwei höhere Unteroffiziere, welche die Streithähne trennen wollten, wurden zusammengeslagen. Es gab Verletzte und ein Rekrut musste sogar ins Spital gebracht werden. Einige Medien berichteten zwar über dieses Ereignis, doch im Zentrum der Berichterstattung stand einzig Alkohol.

Doch allmählich kommt jetzt Licht ins Dunkle dieser tabuisierten Auseinandersetzung. Die zwei Parteien, die sich die wüste Schlägerei lieferten, waren nämlich klar identifizierbar. **Schweizer auf der einen Seite, Eingebürgerte aus dem ehemaligen Jugoslawien auf der Gegenseite.** Seit Wochen haben sich die Spannungen und Unmut aufgrund immer wieder neuer Provokationen aufgestaut, dies weil aus Schweizer Sicht sich die Eingebürgerten einfach nicht in den Dienstbetrieb einzugliedern bereitfinden.

### Beschönigte Ausländergewalt

So kam es zu dieser offenen, gewalttätigen Auseinandersetzung.

*Fortsetzung Seite 2*

## Inhalt

- 2 Pro und Contra Fristenlösung: Ein Ja aus Respekt
- 3 Nein zur Erleichterung der Abtreibung
- 4 Leben und Umwelt
- 6 SD-Parteitag der Erneuerung
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

## Multikulturelle Zeitbombe

Fortsetzung von Seite 1

Rein gegen aussen prügeln Schweizer gegen Schweizer. Tatsächlich aber zeigte sich ein neuer Aspekt der zum Zwecke der Statistik-Beschönigung vom Departement Metzler massiv geförderten Einbürgerung: In Birmensdorf wurde das brutale Geschehen bestimmt von Eingebürgerten aus dem ehemaligen Jugoslawien, die – obwohl Rekruten der Schweizer Armee – zum Teil bloss gebrochen Deutsch sprechen. Solche Fakten werden durch die Medien, wohl aus ideologischen Gründen, ausgeblendet und verschwiegen. Sie könnten die weitverbreitete Skepsis gegen die geplante massive Lockerung der geltenden Einbürgerungspraxis, welche die SD nötigenfalls mit einem Referendum bekämpft, weiter schüren.

## Rassenunruhen bald auch bei uns?

Hand aufs Herz: Sind wir nicht auch hierzulande nicht mehr weit von ähnlichen gewaltsamen multikulturellen Auseinandersetzungen entfernt wie in Frankreich? Leistet nicht auch in der Schweiz die Masseneinwanderung von nicht mehr integrierbaren Ausländern aus ganz fremden Kulturkreisen Vorschub für baldige Rassenunruhen? Auch Frankreich wurde von Einwanderern aus immer exotischeren Ländern überflutet. Ein entscheidender Unterschied sehe ich momentan noch zwischen der Schweiz und Frankreich: Der materielle Wohlstand, der derzeit hierzulande noch deutlich höher ist als in unserem westlichen Nachbarland, entschärft zur Zeit noch die multikulturelle Zeitbombe. Doch diese kann bei veränderten wirtschaftlichen Voraussetzungen mit aller Wucht detonieren.

# Pro und Contra Fristenlösung

## Ein JA aus Respekt



*Christoph  
Spiess,  
a. Gemeinderat,  
Zürich*

Das geltende, aus dem Jahre 1942 stammende Strafrecht erlaubt einen Schwangerschaftsabbruch an sich nur, wenn der Schwangeren sonst ein schwerer gesundheitlicher Schaden droht. In weiten Teilen der Schweiz setzte sich indessen schon vor Jahrzehnten die Überzeugung durch, dass ein solcher Schaden auch psychischer Natur sein könne. Gestützt auf entsprechende fachärztliche Gutachten lassen heute die Behörden der meisten Kantone den Eingriff in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten ohne weiteres zu. Nur in wenigen, zumeist streng katholisch geprägten Kantonen ist ein Schwangerschaftsabbruch fast unmöglich, was aber nur zur Folge hat, dass die betroffenen Frauen in einen Kanton mit liberaler Praxis ausweichen. Zu strafrechtlichen Verurteilungen wegen «Abtreibung» ist es schon seit vielen Jahren nicht mehr gekommen. Die Fristenregelung, über die wir am 2. Juni abstimmen, besteht damit

faktisch schon längst, und es stellt sich im Grunde nur noch die Frage, ob wir

### das Gesetz der gesellschaftlichen Realität anpassen

oder an der Fiktion festhalten wollen, der Schwangerschaftsabbruch sei ja eigentlich verboten. Ein dritter Weg bestünde darin, jedes Jahr ca. 12'000 Frauen vor Gericht zu stellen, weil sie sich nicht zum Gebären zwingen lassen wollen, aber eine solche Forderung ist mir selbst von radikalen Abtreibungsgegnern noch nie zu Ohren gekommen.

Man kann sich natürlich fragen, weshalb es trotz eines breiten Angebots guter Verhütungsmittel noch immer so viele ungewollte Schwangerschaften gibt. Die Antwort ist einfach: Im entscheidenden Moment ist eben der Sexualtrieb des Menschen manchmal stärker als Vorsicht und Vernunft. Man kann auch sagen, dass die betreffenden Frauen – von den Männern hört man das seltsamerweise weniger – «selber schuld» seien. Doch was soll eine solche Schuldzuweisung? Da steht eine junge Frau, ungewollt schwanger geworden, und ist mit dieser Situation völlig überfordert. Oft ist es nicht nur so, dass eine solche Frau nicht Mutter werden will, sondern ist sie auch gar nicht in der Lage, dem Kind das nötige Umfeld zu bieten.

Sie erkennt z. B., dass sie jetzt, bei voller Erwerbstätigkeit, noch knapp ihren eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren vermag, mit einem Kind aber zum Sozialfall wird. Der Mann, der sie geschwängert hat, ist längst über alle Berge und wird vielleicht irgendwann Alimamente bezahlen müssen, sich aber nie um das Kind kümmern. Soll man nun diese Frau zwingen, ein Kind auszutragen und zu gebären, das keinen Vater haben und/oder auch sonst

### von Anfang an auf der Schattenseite des Lebens

stehen wird? Schwangerschaftsabbrüche werden vor allem von sehr religiösen Mitbürgerinnen und Mitbürgern abgelehnt. Deren ethische Überzeugung verdient Respekt. Sie sollten sich aber ihrerseits auch dazu bereitfinden, die Haltung eines grossen Teils der Bevölkerung zu respektieren, der einen Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen nicht als Mord betrachtet, sondern findet, in dieser Frühphase der Schwangerschaft stehe der betroffenen Frau das Recht zu, selber zu entscheiden, ob sie Mutter werden wolle. Das Strafrecht ist dazu da, Verhaltensweisen zu verhindern, die nach der Auffassung einer erdrückenden Mehrheit des Volkes schlechthin nicht tolerierbar sind. Es eignet sich nicht zur zwangsweisen Regelung eines heiklen ethischen Problems, über welches die Meinungen im Volk sehr geteilt sind.

Das Schweizervolk hat schon seit etlichen Jahren eine

### ungenügende Geburtenrate.

Dass die Schweizerinnen zu wenige Kinder gebären, liegt aber nicht daran, dass sie – schon heute – eine ungewollte Schwangerschaft relativ problemlos abrechnen können, sondern an der Wohlstands- und Konsumgesellschaft. Sehr viele junge Menschen sind nicht bereit, zugunsten von Kindern auf materielle Annehmlichkeiten zu verzichten. Das lässt sich leider auch mit dem radikalsten Abtreibungsver-

bot nicht ändern. Dieses hätte bloss zur Folge, dass Frauen, welche ihre Schwangerschaft abbrechen wollen, ins nahe Ausland ausweichen, wo die Fristenregelung schon längst eingeführt wurde. Am Schwangerschaftsabbruch würden allenfalls Frauen gehindert, denen das Geld für dessen Vornahme im Ausland fehlt, und dies wäre bei jungen Ausländerinnen sicher öfter der Fall als bei Schweizerinnen. Das Abtreibungsverbot hätte also höchstens eine noch stärkere Überfremdung der Schweiz zur Folge. Die Fristenregelung wird andererseits keine grosse Zunahme der Schwangerschaftsabbrüche bewirken, weil in der Schweiz schon heute jede Frau, die einen solchen will, auch die Möglichkeit dazu hat, sofern sie nur bereit ist, zum Psychiater zu gehen und ihm etwas vorzujammern. Ebenso wenig ist zu befürchten, dass inskünftig bei der Verhütung sorgloser vorgegangen wird, denn ein Schwangerschaftsabbruch bleibt ein nicht zu unterschätzender operativer Eingriff, dem sich keine Frau gerne unterzieht.

Mein Ja zur Fristenlösung ist

### kein begeistertes Ja zur Abtreibung,

die für mich nur eine Notlösung sein kann, sondern ein Ja aus Respekt vor der Überzeugung von Frauen, die keine staatlich erzwungenen, sondern nur Wunschkinder haben und erst gebären wollen, wenn sie sich in der Lage fühlen, gute Mütter zu sein. Ich lade Sie aus den dargelegten Gründen ein, zur Fristenlösung JA zu stimmen und die radikale, ein fast vollständiges Abtreibungsverbot fordernde Initiative «Mutter und Kind» abzulehnen. Dabei bin ich mir bewusst, dass das vorliegende Abstimmungsthema sehr persönlicher Natur ist, in intime Bereiche hineinreicht und auch religiöse Überzeugungen tangiert, die ebenso zu achten sind. Aus diesem Grund bin ich auch der Auffassung, dass unsere Partei mit der am 27. April 2002 in St. Gallen beschlossenen Stimmfreigabe richtig gehandelt hat.

## Fristenlösung und Frau BR Metzler

(ws.) Wenn wir die Aussagen von Bundesräten gegen die Fristenlösung vor zwei Jahren mit den heutigen Werbeparolen der gleichen Bundesräte vergleichen, muss man sich an den Kopf greifen! So sagte Frau Metzler am 21. September 2000: «Die Frau wird sich auf eine Notlage berufen können, ohne dass diese tatsächlich gegeben ist. Die Notlage kann als blosser Vorwand präsentiert werden. Das Erfordernis der Notlage wird somit zur reinen Formalie. Das Gesetz gibt vor, ein zusätzliches Kriterium zum Schutz des ungeborenen Le-

bens aufzustellen, das bei Licht besehen keine Wirkung entfalten kann. Das ist aus meiner Sicht unehrlich und auch keine gute Gesetzgebung.» (Ständeratsprotokoll) Am 9. März 2002 sagte die gleiche Frau: «Ich werde den Abstimmungskampf (für die Fristenregelung) mit dem mir eigenen Engagement führen.» (NZZ, 9. März 2002)

*Warum aber Frau Metzler, diesen widerlichen Gesinnungswandel? Nur weil die meisten EU-Staaten diese Fristenlösung haben?*

# Nein zur Erleichterung der Abtreibung!

Verschlechterte Version einer bereits früher vom Volk verworfenen Initiative



*Dr. med.  
Jean-Jacques  
Hegg, Facharzt  
für Psychiatrie  
FMH,  
a. Nationalrat,  
Gemeinderat,  
Dübendorf*

**Die so genannte «Fristenlösung» wurde bereits einmal, 1977, mit ziemlich deutlicher Mehrheit vom Stimmvolk abgelehnt. So genannt deswegen, weil bereits das Wort den Bürgerinnen und Bürgern demagogisch etwas vorgaukelt, das nicht zutrifft. Es gibt keine einfache «Lösung» der Frage. Der ärztliche Abbruch von Schwangerschaften ist eine ernste Sache, medizinisch – sie ist eine ziemlich brutale und blutige Sache, Nachteile wie dauerhafte Unfruchtbarkeit in der Folge, Depression aus nachträglicher Reue kommen vor –, psychohygienisch – Ärzte und Pflegepersonal sind beruflich motiviert, dem menschlichen Leben zu dienen, müssen es dabei aber vernichten –, sozial und politisch. Die gesetzliche Freigabe des Eingriffs in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen ist durchaus keine «Lösung» eines Problems, das so oder auch anders ein Dilemma bedeutet. Ausserdem will die Vorlage vom 2. Juni auch noch den Schwangerschaftsabbruch nach der «Frist», die reine Willkür bedeutet, erleichtern!**

## Aufhebung des Schutzes des Ungeborenen bis zur Geburt?

Während nämlich bisher der Abbruch nur legal war zur Abwendung einer «nicht anders abwendbaren Lebensgefahr oder grossen Gefahr eines schweren Schadens an der Gesundheit» der Schwangeren, soll er nach Ablauf der Frist neu auch dann zugelassen werden, wenn die Schwangere eine «schwere seelische Notlage» geltend macht! Das ist eine klare Erweiterung der so genannten Indikationen, die bisher galten. Praktisch wird damit der Schutz des Fötus bis kurz vor der Geburt aufgehoben! Die seelische Notlage ist ein klassischer Gummiparagraf. Welcher Richter wird schon einer Frau, die sich dem Abbruch einer Schwangerschaft unterzogen hat, nachweisen können, dass sie nicht in einer schweren Notlage gehandelt hat?

## Willkür einer Frist

Die Fristenlösung ist deshalb will-

kürlich, weil die Leibesfrucht ab der Befruchtung in einem kontinuierlichen biologischen Entwicklungsprozess sich befindet, innerhalb dessen keinerlei Stufen oder deutlich abgesetzte Übergänge festzustellen sind. Ab welchem Alter ist das ungeborene Kind ein Mensch? Ab 10 Wochen, ab 12 Wochen, ab 14 Wochen, wie der ursprüngliche Vorschlag noch lautete? Es ist erstaunlich, dass die gleichen Politiker, die sonst bei jeder sich bietenden passenden oder unpassenden Gelegenheit die Menschenrechte im Munde führen, keinerlei Hemmungen haben, selbstherrlich bestimmen zu wollen, ab wann der Fötus ein Mensch sei! Und vorher soll er keiner sein und zum rechtlosen Freiwild erklärt werden! Bei zwölf Wochen sind z. B. sämtliche Glieder und inneren Organe bereits vorgebildet, ansatzweise lassen sich sogar die Anlagen der Finger- und Zehennägel erkennen.

Ein Hauptargument der Befürworter lautet, das bisherige Gesetz werde nicht mehr angewendet. Das Ganze bedeute nur eine Anpassung des Gesetzes an die heutige Rechtspraxis, im Grunde ändere sich aber nichts. Das stimmt insofern, als die letzte Verurteilung wegen Abtreibung in der Schweiz aus dem Jahr 1988 stammt. Es stimmt aber insofern nicht, als das geltende Gesetz eben doch dafür sorgt, dass nicht in leichtfertiger Weise abgetrieben wird. Das dazu notwendige Zweitgutachten wird am häufigsten von einem Psychiater erstellt, weil bei den meisten Abtreibungswilligen eben keine eindeutigen Körperkrankheiten diagnostiziert werden können, deren Verlauf durch eine Schwangerschaft und Geburt verschlimmert werden könnte. Nun soll es abgeschafft werden. Immerhin sorgte es bisher dafür, dass die drohende seelische Gesundheitsstörung, die der Schwangeren attestiert werden muss, nicht darin bestehen kann, dass sie bereits Badeferien in der Karibik gebucht hat. So bietet das geltende Gesetz eben doch einen gewissen Schutz für die Ungeborenen vor willkürlicher Beseitigung.

## Schutz vor Erpressungen

Das psychiatrische Zweitgutachten bringt aber auch einen gewissen Schutz für die Schwangere, von ihrem sozialen Umfeld – oft der Vater oder Schwägerer, Familie, Arbeitgeber, beruflicher Vorgesetzter – zu einem Abbruch erpresst zu werden. Der begutachtende Psychiater konnte bisher im intensiven Gespräch mit der



*© Aktion «Helfen statt töten» und Schweiz. Weisses Kreuz, CH-5724 Dürrenäsch – Foto: Frédéric Giger*

Schwangeren abklären, ob es wirklich ihrem Willen entspreche, das Kind nicht auf die Welt zu bringen, oder ob sie unter dem Druck von Dritten stehe. All dies fällt bei der vorgeschlagenen Regelung dahin.

## Verluderung des Rechtsstaates

Und überhaupt: Gesetzen wäre doch Nachachtung zu verschaffen, solange sie in Kraft und noch nicht abgeändert oder abgeschafft sind! Alles andere ist eine Verluderung des Rechtsstaates, die sich in der Schweiz auch noch anderweitig breit macht, z. B. in der Drogenpolitik mit der Heroinabgabe und der laschen strafrechtlichen Verfolgung der sich ausbreitenden Vermarktung von stark THC-haltigen Hanfprodukten! Wird das alte Gesetz nicht wirklich eingehalten, besteht auch keine Aussicht, dass das neue eingehalten wird. Ob man das bestehende Gesetz verbessern könnte oder sollte, ist eine andere Frage, darüber liesse sich reden. Aber der vorliegende Vorschlag ist gewiss keine Verbesserung!

## Viel zu viele Abtreibungen!

Die Vorlage vom 2. Juni hat aber ganz unmittelbar auch etwas mit einem Thema zu tun, das zu den Kernpunkten der politischen Arbeit unserer Partei gehört: nämlich der bevölkerungsmässigen Überfremdung unseres Landes. Zu Beginn der ersten Einwanderungswelle war es zwar noch nicht so; die Schweiz wies eine für die Erhaltung der Substanz ihres Volkes durchaus genügende Zahl von Geburten auf. Inzwischen ist diese jedoch auf einen Wert abgesackt, der einer Schrumpfung um etwa einem Drittel pro Generation entspricht. Dass dies statistisch nicht in Erscheinung tritt, ist ausschliesslich auf die grosse Zahl von Einbürgerungen zurückzuführen, welche das Geburtendefizit ausgleicht. Die eingeborene Bevölkerung der

Schweiz stirbt jedoch aus. Zugleich haben wir eine grosse Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen. Gewöhnlich wird eine Zahl von jährlich 15'000 erwähnt. Das ist aber eine Schätzung, und zwar eher am unteren Rand. Die Meldung der Abbrüche an die Gesundheitsbehörden, welche das Gesetz eigentlich vorschreibt, funktioniert nämlich schlecht. Es sind auch schon Zahlen von bis zu 50'000 vermutet worden. Sei es, wie ihm wolle, grössenordnungsgemäss ist die Zahl mit der Zahl der Geburten vergleichbar, und das ist viel zu viel. Gibt es denn im angeblich reichsten Land der Welt dermassen viele Notlagen? Eine grössere Erleichterung des Schwangerschaftsabbruches ist jedenfalls das Letzte, das wir bevölkerungspolitisch brauchen.

## Kein Betrag zur Überfremdungs-bekämpfung

Zuletzt muss ich noch auf ein Vorurteil hinweisen, das man auch in unsern Kreisen als Argument zur Begründung einer gesetzlichen Erleichterung des Schwangerschaftsabbruches gelegentlich hört: die bereits in der Schweiz ansässige ausländische Wohnbevölkerung hat insgesamt nachweislich keine überhöhte Geburtenziffer. Auch sie bewegt sich im Bereich des Aussterbens. Die grosse Zahl ausländischer Kinder in unsern Krippen, Kindergärten und Schulen kommt durch den Familiennachzug zu Stande und hat mit einer hohen Geburtenrate der bereits hier lebenden Ausländerinnen nichts zu tun. Wir dürfen also kaum hoffen, dass die Erleichterung des Schwangerschaftsabbruches die Geburtenzahl vor allem der ansässigen Ausländer absenken werde und so einen Beitrag zur Milderung des Überfremdungsproblems leisten könnte! Die ungenügende Geburtenziffer der Schweizer Bevölkerung übt geradezu einen Sog auf mehr Einwanderung aus, weil die jüngeren Jahrgänge in der Alterspyramide teilweise fehlen! Auch in Bezug auf die Altersvorsorge ist der demografische Zustand der Schweiz bedenklich.

## Noch höhere Krankenkassenprämien?

Ein letzter Punkt der Argumentation bildet die Krankenversicherung. Wie selbstverständlich soll auch inskünftig jeder ärztliche Schwangerschaftsabbruch durch die Krankenkassen bezahlt werden. Wollen wir denn unserer «Kranken»versicherung – nach Dingen wie die Heroinabgabe an Süchtige – noch mehr Lasten aufbürden? Sind die Prämien noch zu wenig hoch? **Es gibt nach meiner Überzeugung gemäss unserem politischen Programm nur Gründe für ein Nein zur so genannten Fristenlösungsvorlage am 2. Juni!**



## Bio Suisse-Medienkonferenz im Zeichen der Zunahme der ökologischen Produktion

Am 26. März hat die Vereinigung der ökologisch produzierenden Landwirte Bio Suisse zu ihrer Jahresmedienkonferenz nach Bern eingeladen. Die Konferenz stand ganz im Zeichen des zahlenmässigen Wachstums der ökologischen oder «biologisch» wirtschaftenden Bauernbetriebe und der Ausdehnung der so bewirtschafteten Fläche in der Schweiz. Für einmal durfte einem dieses sonst ökologisch zwiespältig zu verstehende Wort «Wachstum» reine Freude bereiten. Denn es bedeutet nicht, dass mit dem Einsatz immer aggressiverer Mittel der Ausstoss von Erzeugnissen mengenmässig immer weiter gesteigert werde, sondern dass immer mehr früher konventionell und damit mit Raubbau-Methoden und wenig Tierschutz produzierende Bauern zu nachhaltigeren, umwelt- und ressourcenschonenden Verfahren übergehen. Also etwas, das man echt als mit dem sonst eher missverständlichen Wort «qualitatives Wachstum» bezeichnen kann. Bio Suisse wählte dazu den Titel «Wachsen statt boomen».



Am Stichtag 1. März 2002 arbeiteten 6169 Bauernhöfe nach den Knospe-Richtlinien. Die Zahl der Biobetriebe nahm zwischen März 2001 und März 2002 um rund 6 Prozent zu. Über 600 Betriebe schlossen sich neu der Bio-

bewegung an. Mit einem Bio-Anteil von 10 Prozent steht die Schweiz damit an der Weltspitze. Der Umsatz mit Bio-Produkten überschreitet in der Schweiz bald die Milliardengrenze.



Der Biolandbau wächst vor allem dort, wo er bereits stark ist: Im Berggebiet. Graubünden etabliert sich immer mehr als Bio-Kanton: 46 Prozent aller Betriebe arbeiten mit der Knospe. In der Westschweiz wächst der Biolandbau überdurchschnittlich (nämlich 26 Prozent) – allerdings auf noch tiefem Niveau. Der Kanton Freiburg mit einem Wachstum von 33 Prozent (25 Betriebe) zeigt, dass der «Bio-Röstigraben» kleiner wird. Erfreulich ist auch die Entwicklung auf der Nachfrageseite: Der Markt mit Bio-Produkten ist im Jahr 2001 um 18 Prozent oder 141 Mio. auf 946 Mio. Franken gestiegen. Im Jahr 2002 wird der Verkauf von Bio-Produkten die Milliardengrenze überschreiten. Das Angebot mit neuen Bio-Produkten wächst rasant. Dabei wird die Pa-

lette der Produkte – von Knospe-Kräuterbutter über den Knospe-Zwetschgenkuchen bis zum Knospe-Pferdefuttermittel – immer reichhaltiger. Rund 1700 Gesuche für neue Produkte oder Rezepturen überprüften die Lebensmittel-expertinnen der BIO SUISSE im Jahr 2001.

### Ein Volk von Bio-Konsumenten

55 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer zählen sich heute zu den regelmässigen oder gelegentlichen Käufern von Bio-Produkten. Nur 17 Prozent kaufen bewusst nie Bio. Am meisten zum Wachstum beigetragen hat 2001 Coop. Die 453 Mio. Franken Umsatz mit Knospe-Produkten machen mittlerweile bei Coop 6.3 Prozent des Lebensmittel-Umsatzes aus. Die Migros ist aus dem Bio-Markt nicht mehr wegzudenken. Mit 19 Prozent wächst sie auf tieferem Niveau (226 Mio. im Jahre 2001) etwas langsamer als Coop. Auch der Bio-Fachhandel (z.B. Bio-Läden) behauptet sich.

### Zu wenig Schwung beim Bio-Fleisch

Trotzdem: Es läuft noch nicht alles rund auf dem Biomarkt. Startschwierigkeiten existieren beim Bio-Fleisch. Zwar hat der Verkauf von Bio-Tieren eindrücklich zugenommen, aber der tiefe Marktanteil von 2 Prozent im Bio-Fleisch und die tiefen Preise für Bio-Tiere befriedigen nicht. Ein wichtiger Grund für das Nischendasein ist die beschränkte Zahl an Verkaufsstellen. Neben zahlreichen Direktvermarktern führen 94 Coop-Filialen, 125 Migros-Läden und 28 gewerbliche Metzgereien Bio-Fleisch. Das ist für die ganze Schweiz zu wenig. Auch der Markt hat sich noch nicht eingespielt. Trotz hoher Nachfrage ist der Bio-Fleischpreis stellenweise tiefer als der Preis für konventionelles Fleisch.

Dies ist enttäuschend für Biobäuerinnen und Biobauern, welche die Tiere besonders artgerecht halten und mit biologischem Futter aufziehen. *Bio Suisse/jhd.*

## UNO gegen Schweizer Drogenpolitik

(sda) Die UNO kritisiert, dass einige Staaten, darunter die Schweiz, den Cannabiskonsum legalisieren wollen. Cannabis wie Alkohol und Tabak zu behandeln, wäre ein «historischer Fehler», heisst es in dem Drogenbericht. Die Gesundheitsschäden von Alkohol und Tabak seien bekannt. Es wäre unvorsichtig, das nationale Gesundheitswesen mit einer weiteren schädlichen Substanz wie Cannabis zu belasten, schreibt die internationale Kontrollkommission für Drogen (INCB) weiter. Es gebe einen zunehmenden Unterschied zwischen der offiziellen Politik einiger entwickelter Länder und der Umsetzung der internationalen Drogenabkommen, die von kurzfristigen politischen Prioritäten geprägt seien, kritisiert die INCB. Dabei werde versucht, die internationalen Bestimmungen mit juristischen Manövern zu umgehen. Auf der andern Seite bekämpften viele Entwicklungsländer den Anbau und Handel von Cannabis. Nach Auffassung der UNO-Agentur führt die bereits vom Ständerat verabschiedete Revision des Betäubungsmittelgesetzes nicht

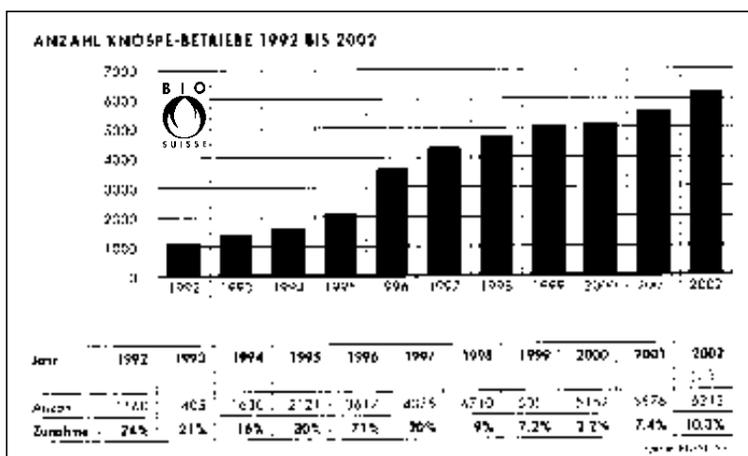
nur zur Straflosigkeit des Cannabiskonsums, sondern zu einer vollständigen Legalisierung von Cannabis. Das stimme aber nicht mit den internationalen Abkommen zur Drogenkontrolle, vor allem der Konvention von 1961 überein. Die Schaffung eines «legalen» Marktes für Cannabis in einem Land stimulieren auch die Produktion in anderen Ländern. Das unterminiere die internationale Drogenkontrolle.

Die UNO-Agentur ist zudem beunruhigt über die Herausforderungen durch die neuen Technologien. Dem Bericht zufolge werden Drogen auch über das Internet verkauft. So würden Chatrooms von Drogendealern benützt. Die INCB ist vor allem besorgt, dass Jugendliche im Internet Drogendealern ausgesetzt sind. Anfang 2000 identifizierte Grossbritannien mehr als 1000 Websites, die Drogen anbieten, vor allem Cannabis, aber auch Ecstasy, Kokain und Heroin. Die grösste Zahl solcher Websites befanden sich dem UNO-Bericht zufolge in den Niederlanden und der Schweiz.

## Erfolgreiche Einsprache- und Beschwerdebilanz 2001

Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz kann für das Jahr 2001 eine ausgesprochen positive Bilanz der Einsprache- und Beschwer-

detätigkeit ausweisen: Von den insgesamt 24 Entscheiden endeten 19 mit einem positiven Ergebnis und nur 5 mit einem negativen Ergeb-



nis für die SL, das heisst für die Anliegen des Natur- und Landschaftsschutzes. Die Erfolgsbilanz liegt also bei 79 Prozent aller Konfliktfälle! Konkret wurden in 10 Fällen die Bauvorhaben zurückgezogen und redimensioniert oder auch aufgegeben, in 8 Fällen wurden die Eingaben der SL inhaltlich mindestens zu einem Teil gutgeheissen und in 3 Angelegenheiten konnte die SL ihre Einsprache zurückziehen, nachdem Verbesserungen erzielt wurden. Auf der anderen Seite wurden in vier Entscheiden die

Anträge der SL mehrheitlich bis ganz abgelehnt und in einem Fall trat die Regierung nicht auf die Beschwerde der SL ein. Die Zusammenstellung zeigt einerseits die hohe durchschnittliche Erfolgsquote der juristischen Tätigkeit der SL, andererseits aber die Notwendigkeit der Anwendung des Beschwerderechtes. Grundsätzlich ist zudem feststellbar, dass die Frist zur Behandlung von Einsprachen und Rekursen generell kürzer wird und Entscheide damit auch rascher vorliegen. *SL Schweiz*

Die kommerzielle Robbenjagd in Kanada ist weltweit die grösste Massenabschlachtung von Meeresäugetieren. Die Jagd auf Sattelrobben und Klappmützen erfolgt mit Gewehren und Knüppeln, aber auch mit längst verbotenen Boots-

haken und Hakapiks. Auch für Robbenbabies kennen die Schlächter kein Pardon; in den vergangenen Jahren waren drei von vier getöteten Robben erst wenige Tage oder Wochen alt.

*Aus: asm news*

## Chemie überspritzt Gentech-Schlamassel

Die flächendeckend angewandte Gentechnologie ist kaum im Kindergartenalter und schon erweist sie sich als Grossversuch mit immer zufälligerem Ausgang. Blick zurück: Monsanto produziert schon lange ein Unkrautvertilgungsmittel namens Roundup Ready. Um das lukrative Roundup-Geschäft (nach dem Auslaufen des Patentschutzes auf RR) um nochmals zwanzig Jahre verlängern zu können, entwickelte der Konzern eigene, herbizidunempfindliche Pflanzen: Roundup Ready Canola (Raps), Roundup Ready Soja und Roundup Ready Mais. Seit einem Jahr mehren sich Berichte von Farmern, die von immer neuen Unkräutern sprechen, die Roundup nicht zu killen fähig sei. Einige seien auf ihren Feldern bislang noch gar nie vorgekommen. Dazu passiert es beim Fruchtwechsel immer häufiger, dass der Vorjahres-Raps nicht mehr wegzukriegen ist. Und schliesslich haben Farmer plötzlich ungewollt eine der Roundup-resistenten Monsanto-Pflanzen auf ihrem Land, obwohl sie da etwas ganz anderes angepflanzt haben oder es sich sogar um Weideland handelt.

Farmer Chris Dzisiak aus Dauphin im kanadischen Manitoba resümiert seine vierjährige Erfahrung mit Roundup Ready Raps so: «One year of gain and three years of pain» – ein Jahr Erfolg, drei Jahre Schlamassel. Herbizidresistente Nutzpflanzen sind zu Superunkräutern ausgewildert, sie haben neben ihrer Roundup-Ready-Resistenz auch Resistenzen von anderen Gentechpflanzen akkumuliert und sind so gut wie unbesiegbar geworden.

Und die Antwort der Agro-Industrie? Die Chemiefirma Dupont springt in einem ganzseitigen Inserat auf den entgleisenden Zug, erklärt den Farmern, Roundup Ready von Monsanto sei schon ein ganz nettes Herbizid, aber für gewisse Unkräuter brauche es eben zusätzlich noch ein paar Hektoliter Dupont Classic im Spritztank. Damit werden die massiven Probleme im genveränderten Landbau einfach mit mehr Chemie überspritzt. Bezahlt wird dies von den Farmern, den Konsumenten und der Umwelt. Der Industrie bleibt einmal mehr der Fünfer und das Weggla.

*Aus: Greenpeace 1/02*

## Konzept Wolf Schweiz: Konzept wollen alle – den Wolf nicht

Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) hat die Vernehmlassung zum Konzept Wolf Schweiz ausgewertet. Die Erarbeitung des Konzeptes wird mehrheitlich begrüsst. Jedoch wünschen Befürworter und Kritiker zahlreiche Änderungen.

Rund 80 Prozent der an der Vernehmlassung Teilnehmenden sprachen sich für ein Konzept Wolf Schweiz aus. Allerdings seien zahlreiche Änderungsvorschläge eingebracht worden. Insbesondere bezüglich der Limite von 50 gerissenen Nutztieren als eines der Abschusskriterien herrscht Uneinigkeit. Der vorgeschlagene Wert wird von landwirtschaftlichen Kreisen als zu hoch, von Tier- und Naturschutzorganisationen als zu niedrig eingestuft. Umstritten sind auch die Schutzmassnahmen, die gemäss Konzept Vorrang gegenüber Entschädigungszahlungen haben sollen. Es gebe Differenzen über die Verbindlichkeit des Grundsatzes und dessen Umsetzung.

An den Schutzmassnahmen wird kritisiert, dass sie aufwändig, kostspielig und nicht überall anwendbar seien. Zu den Schutzmassnahmen zählen der Einsatz von Hirten, Herdenschutzhunden oder Zäunen. Einigkeit herrsche bei der Frage der Entschädigung von



*Wolf Aus: Natura Magazin*

Nutztierhaltern, deren Tiere durch Wölfe gerissen werden: Der Bund trägt 80, die Kantone 20 Prozent der Kosten.

### Arbeit geht weiter

Zwischen 1998 und 2001 sind mindestens sieben Wölfe in die Schweiz zugewandert. Das Konzept Wolf Schweiz will dieser Situation Schutzmassnahmen Rechnung tragen. Das Konzept basiert auf den Säulen Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen, Prävention, Schadensvergütung und Information.

Das BUWAL wird das Konzept überarbeiten, im April mit den Kantonen diskutieren und eine Vorlage ausarbeiten. *sda*

## Die Robbenschlächtereie in Kanada

Die Arbeitsgruppe zum Schutze der Meeressäuger Schweiz hat erneut gegen den Entscheid der Regierung Kanadas protestiert, die kommerzielle Robbenjagd auch dieses Jahr weiterzuführen. Doch trotz weltweiter Empörung und Kritik von kanadischen Wissenschaftlern zeigt sich Kanada weiterhin uneinsichtig.

Mit dem Entscheid der kanadischen Regierung, die von Fischereiminister Herb Dhaliwal gesetzte Quote von 275'000 Sattelrobben und 10'000 Klappmützen auch dieses Jahr beizubehalten, werden selbst eigene Wissenschaftler ignoriert. Denn eine Studie des kanadi-

schen Fischereiministeriums zeigt, dass diese hohe Fangquote die Population der Sattelrobben drastisch reduzieren wird. Schon 1999 hatten 22 kanadische Wissenschaftler davor gewarnt, dass die Geburtsrate die Reduktion nicht mehr auszugleichen vermag, falls die Fangquote nicht radikal gesenkt wird. Der international anerkannte Robbenexperte Dr. David Lavigne folgert aus der Ignoranz gegenüber den kanadischen Wissenschaftlern ein bewusstes Akzeptieren eines Rückgangs der Population. Zusätzlich dezimiert die unkontrollierte Jagd vor Grönland dieselbe Population.

Trotz des belgischen Dioxin-Skandals vom Vorjahr gelangen in Europa nach wie vor Mineralölprodukte in Futtermittel und schliesslich in Lebensmittel. Dies belegen Analysen des kantonalen Laboratoriums Zürich.

Die Experten in Zürich hatten «Futterfette» – Ausgangserzeugnisse für Mischfuttermittel – untersucht, wie der Laborchemiker Konrad Grob einen Bericht des deutschen Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» bestätigte. Laut den Untersuchungen würden wahrscheinlich über die Hälfte aller Fette und Öle für die Futtermittel-Herstellung den Schweizer Grenzwert zum Teil zehner- oder hundertfach übersteigen. Erlaubt ist ein Anteil Mineralöl von maximal 30 Millionstel der Gesamtölmenge im Futtermittel. Das reine Mineralöl an sich sei aber nicht das grösste Problem, sondern Spuren anderer Mineralölprodukte. Es gebe Fälle, in denen man klar Zweitakt- oder Automotorenöle festgestellt habe.

Weiter vermuten die Experten Farbstoffe, Farbverdünner und Pestizide. Über das Futtermittel für Tiere gelangen die Öle auch in die menschliche Nahrung. Das Zürcher Labor hat Spuren der Mineralölprodukte im Fettanteil von Rinder-, Schweine- und Geflügelfleisch sowie in Hühnereiern gefunden.

Die untersuchten Lebensmittel wurden zwar weitgehend im Kanton Zürich besorgt. Sie stammen aber von Lieferanten aus ganz Europa. So wurden auch Eier positiv getestet, die in Holland und Deutschland in den Handel kamen. Grob spricht daher von einem europäischen Problem. Die Schweiz sei aber immerhin das einzige Land in Europa, das überhaupt einen Grenzwert habe. Auf Grund dieser Ergebnisse, die Grob letzte Woche auf dem Deutschen Lebensmittelchemikertag präsentierte, werden derzeit auch in Deutschland Futtermittel nach Mineralölen untersucht.

*Aus: Neues Bülacher Tagblatt*

## Mineralölrückstände in Lebensmitteln

# SD-Parteitag der Erneuerung

Rede von SD-Zentralpräsident Rudolf Keller anlässlich der SD DV vom 27. April 2002 in St. Gallen

Horror, liebe Delegierte, ist die Politik unseres Bundesrates. Wir haben einen Aussenminister, der nur noch in der Weltgeschichte herumreist und dabei behauptet, dass in Zigzistan und Zuegistan schweizerische Interessen zu verteidigen wären. Wir haben einen Aussenminister, der vor der grossen Boulevard-Zeitung unseres Landes kuscht und wegen deren hinterhältiger und fieser Kampagne einen Botschafter entlässt. Horror, wir haben eine Justizministerin, die will, dass wir mit unseren immer mehr steigenden Krankenkassenprämien auch noch die Pille bezahlen sollen. Wir haben eine Gesundheitsministerin, welche die Kinderzulagen ins Unermessliche steigern will und die von uns verlangt, dass die Allgemeinheit Abreibungen und Drogenabgaben finanziert. Wir haben eine Sozialministerin die denen in New York verspricht, dass sie dann von unserer sogenannten Solidaritätsstiftung auch profitieren können. Horror, wir haben einen Militärminister, der die Armee halbieren will und es irrsinnig toll findet, dass mit der NATO-Partnerschaft für den

hinterzieher und Despoten, die ihr Volk ausplündern, lockern würden, dann könnte man ja diskutieren, aber... Im Bundesrat sitzen ja alles Politiker ohne Rückgrat, die auch ihre Grossmutter verkaufen würden, wenn es ihren egoistischen Interessen nur dienen würde.

## Zu Tode überfremdet

Und obendrein haben FDP, CVP und SP noch erklärt, dass sie sich unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen könnten, dass Schweizer Truppen zwischen den Fronten im Nahen Osten eingesetzt würden. Dann können sie aber die Särge auch gerade noch mitliefern. Aber eben, auch hier, die Schweiz habe im Nahen Osten angeblich eigene Interessen zu vertreten und zu verteidigen – nimmt uns nur Wunder was... So und anders tönt es aus Regierungskreisen. Sie reden bald nur noch vom sogenannten Völkerrecht und was wir alles tun müssten, um eben dieses Völkerrecht bei uns einzuführen und zu verteidigen. Für dieses Völkerrecht kuschen sie bis sie krumme Rücken haben. Derweil laufen

???Schweizerisch??? Nein, davon sollen die Leute immer weniger spüren, oder noch besser, nichts mehr spüren. Die Umgangssprache ist zunehmend englisch, kroatisch, türkisch und afrikanisch. Immer weniger werden echte Schweizerinnen und Schweizer noch unterstützt. Unsere Kultur geht zugrunde, unsere Sprache geht vor die Hunde, unsere Sitten und Gebräuche wandeln sich in Vandalismus, Kriminalität, ja sogar Spuckereien und natürlich Schulhofterror. Das ist der Zustand der Schweiz im Jahre 2002. Horror ist das, Herr Couchepin.

## Einheimische zuerst!

Da müssen wir Schweizer Demokraten Gegensteuer geben. Der erste Mai gehört in der heutigen Form abgeschafft. Da demonstrieren ein paar verbliebene Sozis, vor allem aber pöbelt die gewalttätige Schwarzfront in Bern und Zürich. Es demonstrieren überwiegend Ausländer. Einen solchen Ausländersonntag wollen wir nicht mehr. Wir verlangen von den Gewerkschaften, dass für uns Einheimische gekämpft wird. Darum fordern wir den absoluten Vorrang der Schweizerinnen und Schweizer an den Schulen, am Arbeitsmarkt und bei der Wohnungsvergabe. Zuerst kommen wir Einheimischen, dann allenfalls noch die andern. Diese Bevormundung und Unterdrückung von uns Einheimischen dürfen wir uns nicht mehr gefallen lassen. Wir sind im letzten Jahrhundert gut gefahren, ohne diese Multi-Kulti-EU-Mentalität und ohne EU-Mitglied zu sein. Weshalb sollen wir denn das ändern? Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber.

## Kampf den Einbürgerungen

Und warum sollen wir uns von diesen verfilzten Politikern ständig anlägen lassen? Sie haben uns zum Beispiel gesagt, dass sich mit der neuen Bundesverfassung in Bezug auf die Einbürgerungen nichts ändere. Heute behaupten diese Windfahnen das Gegenteil. Man müsse die Einbürgerungsgesetzgebung ändern, weil die sogenannte Willkür in der neuen Bundesverfassung verboten sei. Ich habe bei den Beratungen zur neuen Bundesverfassung den Bundesrat bewusst gefragt, ob sich bei den Einbürgerungen etwas ändere und die klare Antwort erhalten, dass dem nicht so sei. Wir wurden damals also brandschwarz angelogen. Nicht nur wegen den Einbürgerungen. Und nun wollen sie auf dieser Lüge eine neue liberalere Einbürgerungspolitik aufbauen. Mehr und mehr Leute sollen eingebürgert

werden. Da werden Leute zu Papierlischweizern gemacht, die unsere Sprache kaum verstehen. Sportler werden eingebürgert, nur weil man sie angeblich gerade dringend brauche, damit unser Land erfolgreicher sei. Gleichzeitig kassieren diese Typen kräftig ab und unsere einheimischen Sportlerinnen und Sportler haben das Nachsehen. Das ist eine Entwicklung, die überall so läuft, in unserer ganzen Multi-Kulti Gesellschaft. Multi-Kulti gehört in den Papierkorb der Geschichte. Multi-Kulti darf nicht mehr dafür sorgen, dass unsere eigenen Kinder in den Schulen zur Minderheit werden. Und Politiker, welche Multi-Kulti propagieren gehören abgewählt, seien sie nun Sozis, Freisinnige oder CVPLer. Da beschweren sie sich, dass unsere Kinder der deutschen Sprache kaum mehr mächtig seien. Ja glaubt der Gott, die können das in diesen Schulen ja nicht mehr lernen.

## Multikriminelle Gesellschaft?

Und wenn man sieht, wie brutal manche Leute in unserem Lande abgemurkst also getötet werden, da muss man sich mit Fug und Recht fragen, ob es nicht gescheiter wäre, die Todesstrafe wieder einzuführen, nämlich für Kinderschänder, Polizistenmörder und Drogenhändler. Die Todesstrafe, wie sie in Russland, Amerika, China und manch anderem Lande gehandhabt wird. Mit der ewigen Floskel des Völkerrechts wollen sie uns das aber verbieten. Ich meine demgegenüber ganz klar: Wir haben diese Bevormundung langsam aber sicher satt. So kann es nicht mehr weitergehen. Ausländer, also Gäste unseres Landes, die bei uns kriminell werden, gehören sofort des Landes verwiesen. Wer sich strafbar macht, soll wieder mit Gefängnis und happigen Bussen bedacht werden und nicht mit einem psychiatrischen Gutachten, das von seiner ach so schlimmen Kindheit faselt, von jeglicher wirkungsvollen Strafe befreit werden. Kurze Gefängnisstrafen sind in unserer wegen der Einwanderung immer mehr verrohenden Schweiz leider nicht mehr abschreckend. Deshalb muss in unserem Lande die Schraube angezogen werden. Wir wollen uns wieder frei und ohne Angst bewegen können, auch nachts und in unseren Städten. Da die Regierungsparteien dazu nicht in der Lage sind, gehören sie abgewählt. Sie haben mit ihrer Politik diese Unsicherheit zu verantworten. Wer zum Beispiel an einer Schule eine Messerstecherei veranstaltet, gehört schlicht nicht mehr auf diese Schule. Der hat auch unsere Steuergelder nicht



**Alt Nationalrat Hannes Steffen (links) wurde für seine langjährigen Verdienste die SD-Ehrenmitgliedschaft erteilt. Zentralpräsident Rudolf Keller (Mitte) überreichte ihm einen Zinnteller mit den Kantonswappen.**

Frieden ausländische Militärs in unser Land kommen, um zu üben, wie das so schön heisst. Wir haben einen Militärminister, der in unserem Lande Kampfübungen mit russischen MIG-Flugzeugen veranstalten lässt. Ja diese Liste liesse sich noch unbegrenzt weiterführen. Horror, wir haben eine total internationalistische und verfilzte Regierung, die sich überall unterwürfig zeigt. Sie wollen uns ins Schengener EU-Abkommen lotsen, damit wir noch den letzten Funken Unabhängigkeit verlieren und wenn sie so weiter machen, dann geben sie wohl auch noch das Bankgeheimnis vollständig auf. Wenn sie es nur für grosse Steuer-

ihnen die Krankenkassenprämien aus dem Ruder, die Steuern steigen kontinuierlich, die Kriminalität nimmt laufend zu und mit der ungebremsten Einwanderung wird unser Land zu Tode überfremdet. Ja und gucken wir uns in unserem Lande mal die Werbung an: Wir sehen nur noch schwarz, das gehört zum guten Ton. Oder man betrachte mal das Mannschaftsbild des FC Basel, des FC St. Gallen und des FC Zürich. Was ist denn an diesen Fussballklubs noch schweizerisch oder baslerisch, sanktgallerisch oder zürcherisch? Und was ist an der heutigen Werbung noch schweizerisch? Auch die wird eingesetzt, um uns zu manipulieren.



Die SD-Parteileitung von links nach rechts: Christoph Spiess, Rudolf Keller, Hannes Steffen, Bernhard Hess (verdeckt), Lidwina Wiederkehr und Kurt Koller. Es fehlen Dr. D. Najman und Robert Meyer (beide im Saal anwesend).

verdient, die ihm Bildung bei uns ermöglichen. Erst seit in Europa das rückwärtsgewandte und veraltete Multi-Kulti-Gespenst des Internationalismus umgeht, finden wir bei uns keine Ruhe mehr und nimmt die Kriminalität endlos zu. So aber darf es nicht mehr weitergehen. Wir alle sind deshalb aufgerufen, stärker und konsequenter zu kämpfen. Wir müssen den Leuten aufzeigen, wer schuld ist an diesen himmeltraurigen Zuständen. Und wir müssen dafür vermehrt auf die Strassen gehen. Der Horror-Politik unseres Bundesrates gehört eine Absage.

### Expo boykottieren

Ja, und liebe Delegierte, wir müssen aber auch konsequent sein. Wir haben nun im Vorfeld der EXPO02 festgestellt, dass diese EXPO internationalistisch aufgebaut ist, finanziell ein Fass ohne Boden. Wenn wir so etwas sehen, dann müssen wir Werbung dafür machen, dass die echten Einheimischen schlicht nicht an diese EXPO02 gehen. Denen wollen wir nicht auch noch unser Geld in den Rachen stecken. Die EXPO-Obersten warben auch für den UNO-Beitritt, sie sind Internationalisten, also was haben wir denn in dieser EXPO zu suchen? Nichts, liebe Delegierte, nichts!

### Nein zur Amerikanisierung

Ja und dann unsere sogenannte Armee. Die Jungen werden immer mehr zu Weicheiern erzogen. Die Armee, wie sie für Morgen geplant ist, wird zunehmend fraglicher und immer unglaubwürdiger. Es geht den Armeeführern und dem Bundesrat nur noch darum, möglichst oft im Ausland «militärisch» spielen zu können. Und dabei tun sie alles, um der amerikahörigsten NATO zu gefallen. Deshalb sind sie auch der sogenannten «NATO Partnerschaft für den Frieden» beigetreten. Wir fragen uns, was soll eigentlich eine Schweizer Armee, die nur noch NATO-Interessen dient. Man sieht ja jetzt im ehemaligen Jugoslawien, wie das so läuft. Zuerst bombardieren sie, schlagen alles kurz und klein und wenn der Krieg

dann beendet ist, gehen sie auf die Suche nach sogenannten «Kriegsverbrechern». Wenn Jugoslawien diese sogenannten «Kriegsverbrecher» ausliefert, bekommt es von den Amerikanern Geld – aber wirklich nur dann! Und mit diesem Geld nehmen die Amerikaner, die NATO und die amerikahörige UNO dann Einfluss auf diesen Staat. Er wird also erpresserisch sozusagen Einfluss gekauft mit diesen Geldsummen. In Afghanistan haben sie's nicht anders gemacht. Hier geht es den Amerikanern nicht um den Frieden oder die Bekämpfung des Terrorismus. Es geht einzig und allein darum, dass sie dieses Land ausbeuten können, denn sie wollen eine Oel- und Gaspipeline quer durch Afghanistan bauen. Und das schon sehr lange,



Die frischgebackene Zentralvizepräsidentin Lidwina Wiederkehr.

jetzt haben sie Gelegenheit dazu. Um das zu erreichen, weichen sie auch vor flächendeckenden Bombardierungen mit abertausenden von toten Zivilisten nicht zurück. Amerikaner werden vom Weltgerichtshof nie verurteilt, nicht wahr, denn die sind die Lieben, die im Namen der sogenannten Freiheit töten. Da wundert es einen nicht, dass sich Israel eine solche Politik zum Vorbild nimmt, ein armes Nachbarvolk knechtet und auch alles kurz und klein schlägt. Es geschieht den Panzergenerälen ja auch nichts. Darf es auf unserer Welt wirklich so weitergehen? Wir fragen uns deshalb, ob wir in dieser

NATO, in dieser EU und in dieser UNO mitmachen sollen. Die Antwort ist ein klares Nein! Nein zur NATO, nein zur EU und Austritt aus der UNO! Der UNO-Beitritt kam sowieso nur dank einer undemokratisch-erpresserisch-einseitigen Werbekampagne (zum Teil sogar noch mit unseren Steuergeldern) zustande.

### Eine-Welt-Diktat

Was ist eigentlich der Sinn dieser grossen, internationalen, zentralistisch geführten Organisationen? Die Antwort liegt auf der Hand. In gutem Neudeutsch heisst sie ONE WORLD. Auf der ganzen Welt sollen dieselben Richtlinien fürs Zusammenleben aufgestellt werden. Und alle sollen von einer kleinen Clique machthabender Leute regiert werden. Und um all das noch durchzusetzen, brauchen sie auch die Medien. Mit denen wollen sie unsere Freiheit zu Tode manipulieren. Aber das lassen wir uns nicht gefallen. Wir müssen aufstehen dagegen. Überall auf der ganzen Welt müssen die Leute, die so denken wie wir, sich zu wehren beginnen. Das fängt bei der Abschaffung von sogenannten Antirassismus-Gesetzgebungen an und endet bei der schnellen Beendigung des Finanzabenteuers Euro. Diesen Euro haben sie natürlich auch nur eingeführt, damit die oberen Tausend die Sache besser und zentral steuern und in der Hand halten können.

### Werdet wieder aktiv!

Liebe Schweizerinnen und Schweizer, die Wut auf all die gesellschaftlichen Missstände ist gross, sehr gross. Und viele haben leider resigniert und sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen. Diese Leute gehen auch nicht mehr stimmen. Es sind aber in ihrer überwiegenden Anzahl gute Patrioten, die eigentlich zu ihrem Lande stehen wollen. Und genau diejenigen Leute sind unser politisches Potential. Sie gilt es aufzuwecken. Das ist aber nur möglich, wenn wir sie im persönlichen Gespräch angehen,

wenn wir direkt auf die Leute zugehen. Das haben wir bisher viel zu wenig gemacht. Es ist deshalb die Aufgabe von uns allen, neue Mitglieder und Wählerinnen und Wähler anzusprechen und zu überzeugen. Unser politisches Potential ist vorerst mindestens fünf Mal so hoch wie es heute ist, also 10%. Und es ist später weiter ausbaubar. Darum müssen wir die Leute aus ihrem Schläfe aufwecken. Viele entschlossenen Leute können auch viel erreichen, das wird uns gerade jetzt in Frankreich wieder vorerzählt. Aber wir wählen den demokratisch-schweizerischen Weg, um unserem Ziel näher zu kommen.

- Unsere Schweiz soll wieder sauber werden.
- Unsere Schweiz soll die Kriminalität wirkungsvoll eindämmen und zu einem sicheren Hort werden.
- Unsere Schweiz soll das Drögele auf allen Ebenen konsequent bekämpfen.
- Unsere Schweiz darf nicht noch Mitglied der EU werden, kurz bevor diese sich wieder in ihre Bestandteile aufzulösen beginnt.
- Unsere Schweiz soll ihre traditionellen kulturellen und sprachlichen Werte wieder finden und diese hochhalten.
- Unsere Schweiz darf nicht entschweizert werden.
- Unsere Schweiz muss sozialer, nicht sozialistischer werden. Die Krankenkassenprämien müssen runter und die Nationalbankgolderträge sind in die über Generationen solidarische AHV zu stecken.
- Unsere Schweiz braucht keine NATO-kompatible Militärpolitik. Eine auf unsere Masse zugeschnittene Verteidigungsarmee reicht.
- Unsere Schweiz braucht keinen Aussenminister einer wankelmütigen Hüst und Hott Partei. Die Interessen unsers Landes liegen nicht in Zagzegistan oder im Muhakuland.

Diese Bundesräte sollen zuerst mal für uns sorgen. Unsere Parole lautet deshalb:

**Die Schweiz uns Schweizern!**

### SD-Delegiertenversammlung in St. Gallen

## Rudolf Keller glanzvoll als SD-Präsident bestätigt

He. Die 96 anwesenden SD-Delegierten haben in St. Gallen den bisherigen Zentralpräsidenten **Rudolf Keller**, Frenkendorf BL, einstimmig wiedergewählt. Keller ist seit 1986 im Amt. Anstelle von **Lonny Flückiger**, Cernier NE, wurde Nationalrat **Bernhard Hess**, Bern, als erster Zentralvizepräsident bestätigt. Neu als zweite Vizepräsidentin wurde die Gemeindevizepräsidentin von Rekingen/AG **Lidwina Wiederkehr** gewählt. Zudem haben die SD-Delegierten folgende Parolen für die Volksabstimmung

vom 2. Juni gefasst:  
Schwangerschaftsabbruch/  
Fristenlösung Stimmfreigabe  
Initiative «für  
Mutter und Kind» Stimmfreigabe  
Die **Stiftung «solidarische Schweiz»** lehnen die SD **einstimmig ab**. Diese sei einzig auf erpresserische Drucks gewisser Kreise aus dem Ausland entstanden. Hingegen **unterstützen** die SD-Delegierten fast einstimmig die **Goldinitiative**. Über beide Vorlagen wird am 22. September abgestimmt.



## Handeln, bevor es zu spät ist

SD Aargau fordern ein generelles Verbot von Gewalt darstellenden Filmen und Computerspielen

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sind über die zunehmende Gewaltanwendung bei Jugendlichen, vorallem an den Aargauer Schulen, zutiefst besorgt. Die Gewalt kann nach Meinung der SD Aargau nur mit einschneidenden Massnahmen und einem Verbot von Killerfilmen und Gewalt darstellenden Computerspie-

len eingeschränkt werden. Die Jugendgewalt ist nach Auffassung der SD Aargau eine allzu brisante Erscheinung, um sie links liegen zu lassen.

Die starke nachgewiesene Jugendgefährdung von Gewalt darstellenden Filmen und Computerspielen zwingt deshalb die SD Aargau zum Handeln. Die SD Aargau fordern aus diesem Grunde vom Aargauer Regierungsrat, der Jugendgewalt entschlossener entgegenzutreten und die Besitzer von Videotheken und Kinos zwingend auf Art. 135 des Strafgesetzbuches aufmerksam zu machen, wonach bestraft wird, wer Ton- oder Bildaufnahmen, die (...) ohne schutzwürdigen kulturellen oder wissenschaftlichen Wert, grausame Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Tiere eindringlich darstellen und dabei die elementare Würde des Menschen in schwerer Weise verletzen (...), zeigt.

Die SD Aargau fordern vom Bundesrat

## Sofortiger Abbruch der militärischen Kooperation mit Israel

Durch die enge schweizerische Zusammenarbeit im militärischen Bereich mit Israel macht sich die Schweiz nach Meinung der SD Aargau indirekt am Völkermord sowie der Verletzung der elementarsten Menschenrechte mitschuldig. Die SD Aargau sprechen sich klar gegen einen Aufschub bei der militärischen Kooperation mit Israel aus und fordern auf Grund dessen vom Bundesrat die sofortige Einstellung der militärischen Zusammenarbeit. Die allzu passive Haltung der Landesregierung bezüglich der Gewalt im Nahen Osten macht einmal mehr deutlich, dass der Bundesrat bei politischen Entscheiden in Krisensituationen völlig ratlos und überfordert ist.

Anzeige

### Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.-  
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.-  
Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

### Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur  
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau  
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52

# Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach  Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen  Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern  Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West  Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental  Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen  Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.  Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg  Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 - 922 79 29  SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg  Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung  Sektion Wil und Umgebung	Stamm-Abend jeden letzten Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr in einem Saal des Restaurants Dufour, St. Gallen. <b>Achtung:</b> Nach den Sommerferien Stamm-Abende im Restaurant Hirschen (Bus Nr. 1, eine Station nach Kantonsspital, Haltestelle St. Fiden).  Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Dielsdorf  Sektion Hinwil  Sektion Limmattal  Sektion Uster  Sektion Winterthur	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf  Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten  Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren  Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf  Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

## Marco Bolliger neues Mitglied der Geschäftsleitung der SD Aargau

Der Kantonalvorstand der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau hat an seiner Sitzung vom 5. April 2002 in Aarau Marco Bolliger, Uerkheim, einstimmig in die Geschäftsleitung der SD Aargau gewählt. Marco Bolliger ist ein Jungpolitiker und will in seiner

zukünftigen politischen Tätigkeit vor allem die Jugendförderung in den Mittelpunkt stellen. Die Geschäftsleitung sowie der Kantonalvorstand der SD Aargau werden Marco Bolliger bei der Umsetzung dieses Vorhabens unterstützen.

## Fragwürdige Finanzpolitik des Regierungsrates

**Nein zur Verschuldung der Strassenkasse – Nein zur Erhöhung der Motorfahrzeugabgabe – Nein zur Steuererhöhung um 2 Prozent**

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sind einmal mehr über die Finanzpolitik des Regierungsrates empört und lehnen eine Verschuldung der Strassenkasse sowie eine Erhöhung der Motorfahrzeugabgabe ohne Wenn und Aber ab. Mit immer neuen finanzpolitischen Hiobsbotschaften und Kraftakten versucht der Regierungsrat, die Steuerzahler und Strassenbenützer zur Sanierung der Strassen- und Staatskasse zur Rechenschaft zu ziehen.

Die logische Konsequenz der verfehlten Finanzpolitik des Regierungsrates ist nach Ansicht der SD Aargau die Verschuldung der Strassenkasse, die Erhöhung der Motorfahrzeugabgabe sowie eine

Steuererhöhung um 2 Prozent zur Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken und Pensionsversicherung für Lehrpersonen. Die finanzpolitischen Manöver des Regierungsrates können die SD Aargau nicht mittragen, denn die Aargauerinnen und Aargauer sind keine Milchkuhe, welche man je nach dem Stand der Staatskasse beliebig auspressen kann.

Es ist für die SD Aargau ausserdem unverständlich, dass sogar für die FDP und SVP, welche sich in Wahlkämpfen jeweils gegen jegliche Gebührenerhöhungen stark machen, eine Anhebung der Motorfahrzeugabgabe denkbar ist.

*Sämtliche SD-Medienmitteilungen: René Kunz, SD Kantonalpräsident*

Vorlagen «**Reduktion der Steuerunterschiede im Kanton Basel-Stadt**» und «**Stopp der Steuerspirale**» beschloss die Versammlung nach einer Information durch GR Patrik Cattin mit 17 : 2 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, die Gegenvorschläge des Grossen Rates zu unterstützen. Die Versammlung erachtete es als vorteilhaft, dass mit dieser Lösung alle Gemeinden des Kantons leben könnten und die Stadtbewohner gar von einer Steuererhöhung profitierten.

Zum Thema «**Fristenregelung**» und der **Initiative «für Mutter und Kind»** referierten Frau Regula Ruetz, Co-Präsidentin des Komitees beider Basel «Ja für die Fristenregelung» und Herr Dominik Müggler, Geschäftsführer der «Schweiz. Hilfe für Mutter und Kind». Frau Ruetz fand es (bei einem allfälligen Ja zur Initiative «für Mutter und Kind») als in-

akzeptabel, dass Drittpersonen entscheiden könnten, ob eine Frau das Ungeborene auszutragen hätte – oder nicht. Die Konsequenzen trügen in jedem Falle die Frauen!

Eine etwas andere Meinung vertrat dagegen Herr Dominik Müggler: Er verwies auf die in der Bundesverfassung verankerte Schutzpflicht des Staates – nicht nur für das geborene Kind, sondern auch für das Ungeborene. Die Fristenlösung liesse willkürliche Abtreibungen zu und sei deshalb verfassungswidrig. Beide Referenten waren sich zumindest darin einig, dass die Gesellschaft mehr für Kinder und Familien tun müsste.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Meinungen im Saal entschied sich die Versammlung bei beiden eidgenössischen Vorlagen für eine **Stimmfreigabe**.

*Markus Borner, Präsident*



Kanton Bern



SD-HV vom 26. April 2002

## Bekämpfung der Kriminalität

An der gut besuchten HV wurde der «alte» Vorstand – Grossrat H.P. Riesen bleibt Präsident – für ein weiteres Jahr wieder gewählt. Stellvertreter des Präsidenten sind Stadtrat D. Beyeler, bisher und neu auch W. Krebs. Wir sind stolz darauf, als einzige bürgerliche Partei nun fünf Frauen im Vorstand zu haben. Unsere Politik wird weiterhin sehr hart, aber fair sein. Es ist erfreulich, dass wir wiederum Mitglieder – und Stimmenanteile gewinnen konnten. Dies sicher nicht zuletzt dank unserer gradlinigen ehrlichen Politik. Wir werden weiterhin ganz klar für eine Stadt Bern politisieren, in der man sich

ohne Angst bewegen kann. Wir fordern deshalb einmal mehr finanzielle und personelle Unterstützung und Verstärkung für die Polizei, zum noch besseren Schutz für die «anständige» Bevölkerung und zur Bekämpfung aller Kriminalität. Wir distanzieren uns einmal mehr ganz klar vom Rechts- und ebenso klar vom Linksradikalismus. Es wäre mehr als nur begrüssenswert, wenn sich die Linken ebenso klar vom Linksradikalismus und von den Linkschaoten distanzieren würden.

*SD-Stadtsektion Bern, Walter Krebs, Pressechef*



Kanton Basel-Stadt



GV mit Parolenfassung der Schweizer Demokraten Basel-Stadt

## Eine tolerante Haltung: Zweimal Stimmfreigabe!

Die statutarischen Geschäfte der Generalversammlung gingen speditiv über die Bühne, da dieses Jahr keine Vorstandswahlen traktandiert waren. Kantonalpräsident bleibt nach wie vor Grossrat Markus Borner. Dieser kritisierte in seinem Jahresbericht u.a. die vor kurzem im «Baslerstab» gemachten Interview-Aussagen von Rolf Jucker, Präsident des Basler Polizeibeamten-Verbandes, der meinte, dass «...nur die SVP die Anliegen der Polizei unterstützen würde». Diese Äusserung sei inhaltlich falsch, argumentierte Borner, da die SVP im Grossen Rat – im Gegensatz etwa zu SD und DSP – beispielsweise letzthin bei der automatischen Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs, eine arbeitnehmerfeindliche Politik vertrat.

Margrit Buser orientierte als Fraktionspräsidentin der SD-Deputati-

on über die Aktivitäten im Grossen Rat. Die Fraktionsmitglieder reichten im letzten Jahr zahlreiche Auszüge (Postulate), Interpellationen und kleine Anfragen ein. Zu allen wichtigen Tagesgeschäften nahm die Fraktion mit Voten und Anträgen Stellung. Nicht selten ergab sich im Grossen Rat bei Abstimmungen zwischen Bürgerblock (inkl. SVP) und der Ratslinken ein Patt. Dann wurde das Stimmenpotenzial der fünf Schweizer Demokraten entscheidend... Die SD-Fraktion stimmt (und stimmt auch weiterhin) nicht «blockgebunden», sondern gemäss gesundem Menschenverstand und ihrem Parteiprogramm!

**Andere glaubwürdige Meinungen respektieren!**

Für die beiden am 2. Juni zur Abstimmung gelangenden kantonalen

Wahlen im Kanton Bern

## SD: Pflicht erfüllt

**Die Schweizer Demokraten (SD) haben im Kanton Bern ihr Minimalziel erreicht. Neben dem einzigen bisherigen SD-Grossrat Hans-Peter Riesen, Bern, ziehen neu Wilfried Gasser, Gemeinderat, Ostermundigen und Paul Hänni, Stadtrat, Thun, in den Grossen Rat ein. Die alten SD-Kämpfer Karl Brodmann, Bern, und Ernst Brönnimann, Oberbalm, traten nach 18 bzw. 16 Amtsjahren nicht mehr zur Wiederwahl an.**

Um es gleich vorweg zu nehmen: Die SD haben im Kanton Bern ein gutes, aber nicht berauschendes Ergebnis erzielt. Mit Resultaten von 4,3 % im Amt Interlaken, 4,2 % im Amt Bern-Land, 4,1 % in der Stadt Bern, 3,3 % im Schwarzenburgerland und 3,2 % im Amt Thun (hier

zusätzlich noch 1,8 % für den Listenverbundspartner der Gewerbe- und Volkspartei, GVP) haben die SD zwar die Pflicht erfüllt, aber keine all zu grossen Stricke zerrissen. Die SD bleiben aber mit diesem Resultat im Kanton Bern weiterhin ein ernst zu nehmender Politfaktor. Dieses Ergebnis stimmt zudem zuversichtlich, in rund 18 Monaten auch den SD-Nationalratsitz im Kanton Bern wieder zu verteidigen.

**Stadt Bern: Aktiver Wahlkampf**

Mit 2468 Einzelstimmen wurde der bisherige Stadtberner Grossrat **Hans-Peter Riesen** glanzvoll wie-

*Fortsetzung Seite 10*

**SD: Pflicht erfüllt**

Fortsetzung von Seite 9

dergewählt. Erster Ersatz ist hier alt Stadtrat Walter Krebs, gefolgt von Stadtrat und Kantonalpräsident Peter Bühler. In der Stadt Bern haben die SD einen äusserst aktiven Wahlkampf geführt. Insbesondere darf der unermüdete Einsatz von Stadträtin **Lydia Riesen** gewürdigt werden. Dank gebührt auch **Nora Gagg**, welche unter [www.sd-stadtbern.ch](http://www.sd-stadtbern.ch) eine gelungene Internetseite eingerichtet hat. Somit konnte das SD-Wahlergebnis gegenüber den Stadtratswahlen 2000 auch wieder um mehr als ein Prozent gesteigert werden. Trotzdem reichte das gute SD-Ergebnis nicht mehr für den zweiten Sitz. Bekanntlich wurde in der Stadt Bern die Sitzzahl von 29 auf 26 Mandate reduziert.



Hans-Peter Riesen

**Bern-Land: SD-Sitz gehalten**

Wilfried Gasser

Auch im Wahlkreis Bern-Land wurde infolge Bevölkerungsrückgang die Sitzzahl von 25 auf 24 reduziert. Hier musste die SVP Federn lassen. Die SD verteidigten aber ihr bisheriges Mandat souverän. Neu nimmt der Ostermundiger Gemeinderat **Wilfried Gasser** (2307 Stimmen) Einsitz im Grossrat. SD-Ersatzmann ist hier der Könizer Gemeinderat **Peter Schori**.

**Amt Thun: SD-Sitzgewinn**

Paul Hänni

Erfreulich ist der Sitzgewinn von SD-Stadtrat und Sektionspräsident **Paul Hänni** (1268 Stimmen). Dieser war jedoch nur dank einer Listenverbindung mit der Gewerbe- und Volkspartei (GVP) möglich. (Anmerkung der Redaktion: Diese Partei ist bisher einzig in der Re-

gion Thun aktiv – in Steffisburg jedoch im Parlament und in der Exekutive!) Erster Ersatz ist hier **Christian Jungen**, SD-Gemeinderat in Heiligenschwendli.

**Oberland-Ost: Bestes SD-Resultat**

Unter der Leitung von **Roland Schöni**, Brienz (539 Stimmen) erzielten die SD im Berner Oberland Ost mit 4,3 Prozent wiederum das beste Resultat im Kanton. Erfreulich ist, dass hier Leute am Werk sind, welche nach dem Abgang von Cäsar Rossi gewillt sind, die Partei wieder auf Vordermann zu bringen.

**Schwarzenburg: Gelungener Aufbau**

Im 2er-Wahlkreis Schwarzenburg konnten die beiden SD-Kandidaten **Jakob Jäggi**, Guggisberg, und **Christian Moosmann**, Rüscheegg-Heubach, mit 3,3 Prozent einen Achtungserfolg erzielen.

**Ausblick**

Mit der Parlamentsreform, welche zwar neu nur noch 160, statt wie bisher 200 Grossräte, aber deutlich grössere Wahlkreise vorsieht, ist Schluss mit Zweier- oder auch Achter-Wahlkreisen. Sollte das neue Parlament in der Volksabstimmung vom September durchkommen, werden neu die SD auch im Berner Oberland, im Mittelland/Emmental/Oberaargau oder im Seeland Chancen auf Mandatsgewinne haben. Jetzt gilt es aber, die Durststrecke erfolgreich zu überbrücken. Dabei sind insbesondere unsere drei Vertreter im Grossrat gefordert. Zudem müssen dringend die Landsektionen im Mittelland, im Seeland und im Berner Oberland aufgebaut werden. SD-freie Zonen darf es im Kanton Bern nicht mehr geben! Nur ein konsequenter Aufbau der Strukturen der Schweizer Demokraten sichert auch wieder das SD-Nationalratsmandat im Kanton Bern.

Die SD danken allen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern für den unermüdeten Einsatz und wünschen den Gewählten viel Erfolg und Befriedigung im Amt.

*Bernhard Hess, Nationalrat und  
Pressechef SD des Kantons Bern*

wesen. Der «Schweizer Demokrat» hat das Wirken von Käru bereits in seiner Januar-Ausgabe ausgiebig gewürdigt.

**Ernst Brönnimann** amtierte 16 Jahre als Grossrat. Zudem war er in der Gemeinde Köniz während acht Jahren als Gemeinderat für den Umweltschutz zuständig. Danach führte er noch vier Jahre lang die Polizeidirektion. Wie Karl Brodmann kämpfte er vehement dafür, dass Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht bleiben. In der Verkehrspolitik bekämpfte er Schikanen und sture Betriebskonzepte. Ganz besonders engagierte er sich aber für eine drogenfreie Gesellschaft, für Sicherheit, Recht und Ordnung sowie gegen den Asylrechtsmissbrauch. **Die Parteileitung dankt Karl Brodmann und Ernst Brönnimann für den langjährigen unermüdeten Einsatz für Volk und Heimat.**



Ernst Brönnimann

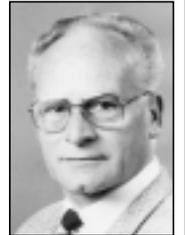


**Sandro Raphael**, geboren am 24. April 2002. «Neun Monate hat er Mami Monika geärgert. Jetzt ist Papi **Peter Bühler**\* dran...»

*\*SD-Stadtrat  
und Kantonalpräsident*

**Im Gedenken****† Hans Zwahlen**

**Tief erschüttert müssen wir Ihnen mitteilen, dass unser langjähriges SD-Mitglied, alt Grossrat, alt Stadtrat, Hans Zwahlen am 2. Mai 2002 nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist.**



Hans Zwahlen hat sich seit über 20 Jahren (1980) mit grossem Engagement für die Partei der Schweizer Demokraten und die Quartierbelange eingesetzt. Auch schon seit vielen Jahren vertrat er die SD als Abgeordneter in der Spitalkommission. Selbst in den letzten Monaten hat er es sich nicht nehmen lassen, trotz schwerer Krankheit soweit wie möglich an den Sitzungen der SD sowie an den Quartierkommissionen und den dazu gehörenden Arbeitsgruppen teilzunehmen. Er wird uns allen fehlen, wir werden Hans Zwahlen jedoch in bester Erinnerung behalten.

Wir entbieten Frau Ruth Zwahlen-Seiler und der ganzen Trauerfamilie unser tief empfundenes Beileid und wünschen Ihnen viel Kraft in dieser schweren Zeit.

*Hans Peter Riesen, Grossrat  
und SD-Präsident Stadt Bern*

**Kanton Thurgau****«Sans papiers» – «solidarisch» am 1. Mai?**

Viele haben alles versucht und versuchen es morgen genauso, um in unserem weltweit als reich und wohlhabend bekannten «Schwizerländli» einen Arbeits- oder Asylstatus zu bekommen. Mit all ihren Familien- und Sippenmitteln haben sie vielleicht den gerissensten, den schlausten ihrer Verwandtschaft Richtung Schweiz auf Reise geschickt. Vielleicht sogar mit gefährlichen Drogen, mit langen Umwegen und Schmiermitteln aller Art sind sie schliesslich über unsere Grenzen gekommen, haben hier Asylanträge gestellt, obwohl dazu rechtlich keinerlei Handhabe bestand. Dann nutzten sie unsere Fürsorge, die Asyleinrichtungen, Rekurse und immer weitere Möglichkeiten. Während all der Zeit wurden sie versorgt, mussten keinen Mangel leiden, waren frei, konnten Züge und Busse benützen und bekamen sogar noch Taschengeld, von dem sie einen Teil nach Hause sandten, andere bekamen Arbeit und Verdienst – als Ziel ihrer Wünsche. Unsere Arbeitervertreter und linken Gewerkschaf-

ter treten nun für alle «Papierlosen» ein – Leute aus aller Welt, die hier nach aufwändigen und teuren Verfahren abgewiesen wurden. Diese Papierlosen haben einfach ihre Papiere vernichtet oder versteckt, denn ohne Papiere kann man sie nicht ausweisen; die Erstellung neuer Papiere aber können sie aktiv durch Fälschungen verzögern, oder ihre Herkunftsländer wollen gar nicht, dass diese Leute zurückkommen! Sie kooperieren also auch nicht, um neue Papiere zu beschaffen. Dass diese Leute hier zu Billigarbeitern werden, interessiert offenbar unsere «Arbeitervertreter» wenig; den Unternehmern mag es recht sein. Wen wundert, dass 400 Millionen im Nationalrat als «familienfreundliches Signal» bewilligt werden zur Installation von Kinderkrippen. Auf diese Weise können Billigarbeiter und -arbeiterinnen in Ruhe Geld verdienen, für die Kinder sorgt der Staat. Sind das nicht Zustände zum Kotzen? Wie können Gewerkschafter ein Treiben unterstützen, das gegen Land, Ge-

**Karl Brodmann und Ernst Brönnimann:****Zwei alte SD-Kämpfer treten ab**

**He. Nach 18 bzw. 16 Amtsjahren treten mit Karl Brodmann, Bern, und Ernst Brönnimann, Oberbalm, zwei äusserst erfahrene und verdiente SD-Politiker von der politischen Bühne ab.**

**Käru Brodmann**, Mattenbewohner, Pontonier, amtsältester SD-Grossrat – wer kennt ihn nicht in der Stadt Bern? 18 Jahre politisier-

te er für die SD/NA im Grossrat, vorher im Stadtrat. Radifon war seine Stimme, messerscharf seine Analysen und pointiert seine Aussagen zur verfehlten Finanzpolitik und zu den schlimmen Missständen im Asyl-



Karl Brodmann

setze und menschlichen Anstand verstösst und gleichzeitig Einrichtungen torpediert, die für echt Verfolgte eingerichtet wurden? Warum müssen wir Steuerzahler derartige Machenschaften mit 400 Millionen für Kinderhorte überhaupt erst ermöglichen und wie

kommt es, dass dabei von «kinderfreundlichen Signalen» die Rede sein darf? Müssten nicht endlich unsere Grenzen viel besser gesichert und überwacht werden?

*SD Thurgau, Kantonale Parteileitung, zum 1. Mai 2002*

## Bundesräte wecken Zweifel

Kaum sind mit vielen Steuermillionen und fragwürdiger Einmischung der Bundes-Exekutive in eine Initiative und die darauf folgende Abstimmungsschlacht rund um eine mehr als fragwürdige UNO-Vorlage – die Würfel äusserst knapp gefallen, ist der interessierte und involvierte CVP-Bundesrat, Joseph Deiss, bereits wieder «auf Achse» in aller Welt. Eine Woche lang besucht er Afghanistan, Pakistan, Indien und Bhutan zwecks «politischem Dialog» über Sicherheits- und Menschenrechtsfragen. Er will bilaterale Beziehungen fördern und den Stabilisierungsprozess in Afghanistan unterstützen. In Afghanistan erhöhte Deiss die 20-Millionen-Hilfe fürs 2002 um eine Million, die selbstverständlich und mehrheitlich über UNO-Kanäle fliessen soll. Entwicklungshelfer wissen zwar seit Jahren und mussten dies auch lernen, direkte Hilfe vorort kann Not-

dürftigen besser helfen, es «versickern» dabei weniger Mittel! Deiss will auch strenge Gesetze gegen Blasphemie und eine weniger lasche Handhabung gegen Morde zur Wiederherstellung der Familienehre in Pakistan verlangen. Wahrlich, unser BR Joseph Deiss ist dank UNO-Beitritt unseres Landes zum Missionar geworden. Hoffentlich danken es ihm und uns auch all die Belehrt in aller Welt. Bleibt die Frage, ob Deiss bei derart komplexen und anspruchsvollen, weltweiten Aufgaben, seinen landesinternen Verpflichtungen als Bundesrat überhaupt noch nachkommen kann? Könnte es sein, dass Missionar Deiss vielerorts nicht nur Freunde findet und viele glauben, unser Land habe mit der Preisgabe der Neutralität (UNO-Beitritt) mehr verloren als wir meinen...

*Schweizer Demokraten, SD Thurgau, Kantonalpartei*



Kanton Zürich

Zürcher Volksreferendum

## 9000-mal Nein gegen die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare

**Innert acht Wochen wurde im Kanton Zürich die ansehnliche Zahl von 9450 Unterschriften gegen das Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare gesammelt. Breite Bevölkerungskreise stehen dem Gesetz kritisch bis ablehnend gegenüber. Später im Jahr wird nun das Stimmvolk an der Urne über das Gesetz entscheiden können.**

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums sind der Ansicht, dass dieses Gesetz die gesellschaftliche Bedeutung der Ehe und Familie unterwandert, aushöhlt und schwächt, wurde anlässlich der Übergabe der Unterschriften am 27. März betont. Es bestehe kein nachgewiesenes signifikantes Bedürfnis für eine registrierte Partnerschaft. Die vorhandenen rechtlichen Mittel genügen, um eine homosexuelle Partnerschaft menschenwürdig zu gestalten und zu sichern, sind die Unterzeichner der Ansicht. Ausserdem ist das Referendumskomitee überzeugt, dass Homosexualität der Schöpfungsordnung

widerspricht und darum nicht staatlich anerkannt werden darf. Keinesfalls sei homosexuelles Verhalten «gottgewollt» oder eine «Schöpfungsvariante», wurde mehrfach festgestellt. Im Gegenteil sei homosexuelles Verhalten mit der menschlichen Natur und Würde unvereinbar. Das Gesetz komme einer staatlichen Anerkennung, Aufwertung und Rechtfertigung des homosexuellen Lebensstils gleich und sei darum abzulehnen, wurde betont.

Bei der Übergabe der Unterschriften an die Staatskanzlei nahmen neben Medienvertretern rund 100 Sympathisanten teil. Darunter befanden sich auch alt SD-Nationalrat Hannes Steffen (Fiscenthal), der Zürcher SD-Kantonsrat Rolf Boder sowie Nationalrat Christian Waber (EDU, Bern). Dem Referendumskomitee gehören Vertreter verschiedener Parteien und Bürgerbewegungen an. Das Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare wurde am 21. Januar 2002 vom Zür-

cher Kantonsrat mit 93 zu 43 Stimmen verabschiedet. Für das Zustandekommen des Referendums

sind 5000 gültige Unterschriften erforderlich.

*Daniel Suter, Hombrechtikon*

## SD-Wahlerfolg im Bezirk Bülach

### Sitzgewinn in Opfikon-Glattbrugg

Mit einer Spitzenkandidatin und vier Kandidaten traten die Schweizer Demokraten des Bezirks Bülach am 7. April 2002 zum zweiten Mal in Opfikon-Glattbrugg zur Wahl an. Mit einem enormen persönlichen Einsatz der «Ur-Glattbruggerin» und Spitzenkandidatin **Elvira Kaese**, der grossen Unterstützung von Kantonsrat Rolf Boder und einem gelungenen Flugblatt, waren die Voraussetzungen für einen Sitzgewinn gut. Optimal erwies sich die Listenverbindung mit der Freiheitspartei.

Als sich die Mitglieder und Sympathisanten unserer Sektion am späteren Nachmittag zum Wahlapéro trafen, stand das erfreuliche Ergebnis in Opfikon-Glattbrugg bereits fest: Mit einem Sitz gelang es unserer Sektion, neu ins Glattbrugger Stadtparlament einzuziehen. Wir gratulieren Elvira Kaese zum Gemeinderatssitz und danken ihr für den grossen Einsatz, welche sie im Vorfeld der Wahlen geleistet hat. Schön, dass es sich dieses Mal gelohnt hat. Für die Arbeit in ihrem neuen Amt, mit der es erst jetzt richtig los gehen wird, wünschen wir ihr viel Kraft, Mut und Freude.

**Wird frischen Wind in den Opfiker Gemeinderat bringen: Elvira Kaese, neue Gemeinderätin in Opfikon-Glattbrugg**



**Unerwarteter Sitz in Kloten**

Kloten erwies sich im Vorfeld der Wahlen als hartes Pflaster. Thomas Zollinger wagte sich mutig als einziger Kandidat für unsere Partei ins Rennen um einen Parlamentssitz. Nachdem sich auch keine pas-

sende Listenverbindung anerbote, beurteilte der Sektionsvorstand die Chancen für einen Sitzgewinn als gering. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden hauptsächlich auf Glattbrugg konzentriert.

Umso erfreulicher erwies sich der Ausgang der Gemeinderatswahlen: Als Einzelkämpfer gestartet, gelang **Thomas Zollinger** völlig unerwartet, sich in der Flughafenstadt einen Gemeinderatssitz zu erobern!

Durch einen immensen persönlichen Einsatz gelang Thomas Zollinger das Unerwartete. Die Leistung unseres neuen Gemeinderates von Kloten gebührt grosse Anerkennung. Wir danken für die tolle Arbeit und gratulieren zur Wahl! Mit den gesteckten Zielen wird die Arbeit für Thomas Zollinger jetzt erst richtig losgehen. Erst die erste Hürde ist genommen.



**Überraschte wohl nicht nur in den eigenen Reihen: Gemeinderat Thomas Zollinger aus Kloten.**

In Winkel bewarb sich Christian Wyss für die Schweizer Demokraten erstmals für einen Sitz in der Exekutive. Leider verpasste er die nötige Stimmenzahl für den Einzug in die Rechnungsprüfungskommission nur knapp. Für seine Leistung danken wir ihm herzlich. Das nächste Mal wirds klappen, Chrigel!

Nach den überwiegend erfreulichen Wahlergebnissen kann Hoffnung geschöpft werden. Wir ermutigen unsere Gesinnungsfreunde in der ganzen Schweiz, sich den Wahlen zu stellen und um unsere gemeinsamen Ziele einzustehen und zu kämpfen. Die Zeichen stehen gut.

*Philipp Senn, Präsident SD-Bezirkssektion Bülach*

## Offener Brief an Herrn René Kunz, Kant. Präsident SD Aargau

Es ist sicher ein lobenswerter Vorschlag, Friedenstruppen der UNO einzusetzen, um die sich blutig bekämpfenden Palästinenser und Israelis zu stoppen. Wer die UNO-Politik kennt, die Israel bereits 210-mal verurteilt hat, die Palästinenser nie, kann sich gut vorstellen, wie dies schlussendlich aussehen würde. Einen freien Palästinenserstaat, um schliesslich das noch kleinere Israel zu eliminieren, nach dem vielzitierten Motto: «Werft sie

ins Meer». Wem gehört eigentlich dieser Staat? Waren es nicht die Juden, die nach der Balfour-Erklärung im Jahre 1948 die zuvor faulen Sümpfe und Steinwüsten urbar gemacht, die mit unbändigem Fleiss Strassen und Häuser gebaut und das Land Israel hervorgebracht haben? Trotz den miserablen ökologischen Verhältnissen, mussten die Einwanderer den Ara-

*Fortsetzung Seite 12*

## Offener Brief

Fortsetzung von Seite 11

bern für diesen Boden Unsummen entrichten. Die Araber hätten zuvor während weit über 1000 Jahren die Möglichkeit gehabt, diesen Boden zu nutzen, es war uninteressant. Sobald das Land Israel erstanden ist, fielen fünf arabische Armeen ein, um es zu vernichten. Es ist eine tragische Tatsache, dass die Palästinenser immer wieder

von ihren eigenen Führern verraten werden, wie z.B. als anlässlich des Golfkrieges im Jahre 1991 durch Arafats Verrat 400'000 Palästinenser aus Kuwait völlig mittellos vertrieben wurden. Die arabischen Völker hätten auch heute jede Möglichkeit, ihre eigenen Leute bei sich aufzunehmen. Sie haben Ländereien und durch die Ölvorkommen Geld genug, sie zu integrieren. Warum tun sie es nicht?

Lilli Schweizer, Rütli



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Liebe Leserinnen und Leser  
Wir haben eine grosse Anzahl Zuschriften, welche wir (noch) nicht veröffentlichen konnten. Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.

Ihre SD-Redaktion

## Frühlingstag 2002 in Uri

Fernes Hupen weckt mich – was ist das?  
Ach ja – die aufgebrachten Trucker von der Autobahn.

Ich träumte noch von grünen Wiesen –  
gelbem Löwenzahn, umweht vom Duft  
aus frischgemähtem Gras.

Wehmut umhüllt die jäh erwachte Seele.  
Ihr Frühlingssänger, wo sind eure  
Lieder?

Singt von heiler Welt uns wieder –  
singt aus voller Kehle!

Wenn der Tag dann zu den Sternen geht  
«Brummer» an den Ausstellplätzen  
warten

wo grüne Wiesen einst – jetzt Asphalt-  
garten  
und Hupkonzert – modernes Nacht-  
gebet.

Lass Herr – dem Fahrer dort auch eine  
Rose blühen,

schick ihm zur Abfahrt doch ein Amsel-  
lied,

mag sein, dass er die Rose sieht  
als Frühlingsgruss von Dir – an ihn.

E. Muheim, Erstfeld

## Kinderfeindlichkeit rächt sich

Ein Kroatie sagte mir, im Jahre 1906 lebten im Kosovo 80% Serben und unter 10% Albaner, die man als Arbeitskräfte ins Land geholt hatte. 1986 anlässlich der letzten Volkszählung vor dem Krieg waren es nur noch 6% Serben und 90% Albaner. Das ist alles auf die Kinderfeindlichkeit der Serben zurückzuführen, die nur noch 1,1 Kinder pro Mutter hatten. Die Folgen sind allzu deutlich. Im Blatt der «christian solidarity international» CSI habe ich Folgendes gelesen: «In der jugoslawischen Provinz Kosovo haben islamische Extremisten seit Sommer 1999 bis heute über 100 serbisch-orthodoxe Kirchen zerstört oder stark beschädigt. Niemand wurde dafür zur Rechenschaft gezogen. Die Gefahr besteht, dass die Albaner das gesamte christliche Erbe im Kosovo

zerstören könnten.» Wollen wir das auch für die Schweiz? Die Gefahr besteht, dass es auch für uns bis in wenigen Jahrzehnten auch so wird.

Die meisten Schweizer Ehepaare haben nur zwei, höchstens drei Kinder, weil, wie sie sagen, Kinder viel kosten. Ich glaube schon, dass es teuer ist, wenn man den Kindern alles kauft, was zu haben ist, z.B. fünf Velos, bis sie 14-jährig sind und ein Töffli bekommen. Dazu kommen Rollschuhe, sogen. Kickboards usw. Dazu kommen in der Schweiz jährlich mindestens 12'000 Abtreibungen.

Falls die Fristenlösung angenommen wird, nehmen gewiss die Moslems über Hand, bei denen die Abtreibung verboten ist. Wollen wir Zustände wie im Kosovo?

Beatrice Schärer, Affoltern a. A.

## Sieg für die Frau oder Niederlage für das Kind?

Laufend werden jetzt die Parolen für die nächste Abstimmung gefasst. Verfechterinnen der Fristenlösung feiern jede Ja-Parole als Sieg für die Frauen. Ob das wirk-

lich ein Sieg für die Frauen ist, wage ich zu bezweifeln. Ich würde das eher als Niederlage für die Kinder bezeichnen. Ich glaube, falls die Fristenlösung von uns Schweizern

angenommen werden sollte, der letzte Schritt gemacht würde, dass Kinder zur Ware degradiert werden. Kinder sind dann nicht mehr ein Geschenk Gottes, sondern zum Besitz der Eltern degradiert. Die Geburt der Kinder hat so zu erfolgen wie viele Eltern planen. Falls sie nicht kommen wollen, wird die ganze Technik eingeschaltet, von künstlicher Besamung bis zum Einsetzen von künstlich gezeugten Embryos. Vielleicht kommen dann später noch Leihmütter dazu. «In diesem Fall wären wir dann genau so weit, wie die Landwirtschaft mit den Kühen.» Sollte sich das zukünftige Kind aber ungelegen einnisten oder sollte die Voruntersuchung zeigen, dass es nicht so ist wie gewünscht, kann es ja einfach in den Abfall geworfen werden

(Kostet zwar ein bisschen, aber die Krankenkasse wirds schon bezahlen. Denn hinter dem Begriff Fristenlösung verbirgt sich nichts anderes, als das legalisierte Vernichten von einem ungeborenen Kind. Um diese traurige Wahrheit zu verschleiern, werden natürlich andere Dinge genannt, wie Selbstbestimmung der Frau, Entkriminalisierung, das Recht auf den eigenen Bauch, Frauenwürde, etc. Denn nach wie vor beginnt das Menschsein mit der Zeugung. Viele Ärzte, Wissenschaftler und Therapeuten haben dies ganz klar erkannt. Es wird vermutlich nicht mehr sehr lange dauern, bis auch die allgemeine Wissenschaft dies auf Grund von neuesten Forschungen anerkennen wird.

Stefan Kühne, Bilten

## Wenn zwei dasselbe tun

Bei der Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung durch die Apartheid verhängte die UNO einen Boykott und erreichte damit die Beseitigung der verantwortlichen Regierung! Die Serben wurden wegen den Übergriffen gegen die Kosovaren nicht nur boykottiert, dazu noch von den USA bombardiert, und dies ohne UNO-Mandat! In Palästina, wo die Israeli mit Kampfflugzeugen und Panzern die Zivilbevölkerung attackieren und die Infrastruktur inklusive Wohnhäuser zerstören, sind sowohl die UNO wie die EU untätig. Das viel gepriesene Völkerrecht der UNO verliert die Glaubwürdigkeit! Dasselbe gilt für die «Wertgemeinschaft der EU, welche die demo-

kratische Wahl in Österreich mit Boykott bestraft und zu Menschenrechtsverletzungen nichts unternimmt! Die Aufforderungen von Bush und der UNO an Israel, das Militär müsse aus den besetzten Gebieten zurückgezogen werden, erweist sich als reine Alibiübung! Ohne Sanktionen kann Sharon nicht in Schranken gewiesen werden, so betätigt sich die USA als Schutzmacht von Israel. Der Deal, dass Arafat nach einem Monat Gefangenschaft freigelassen wird, dafür die UNO auf die Entsendung der Inspektionskommission nach Jenin verzichtet, degradiert die UNO endgültig zum Handlanger der USA.

Guido R. Fischer, Aarau

## Echo auf SD

Betrifft: «Unnötige Aufregung wegen Stammzellenforschung» in SD Nr. 3/2002

Die Schweiz ist im christlichen Umfeld entstanden. Auch die SD sind – glücklicherweise (noch?) – im Christentum verwurzelt und tun gut daran, das christliche Menschenbild hochzuhalten. Sie dürfen nicht den antichristlichen Einweltlern und Globalisierern noch Munition für ihre Zerstörungsarbeit liefern. Denn diese sind längst daran, jegliche Werte umzustossen, auszuhöhlen, umzudeuten.

«Embryonen, die bei der Stammzellengewinnung selbstverständlich zu Grunde gehen. An dieser saloppen Ausdrucksweise habe ich mich gestossen! Dazu kommt noch, dass dies ein Mediziner, der sich von Berufes wegen für das Leben einsetzt, schreibt! Warum spricht Herr Hegg nicht von Kindern? Und benützt er den indoktrinierenden Sprachgebrauch der Massenmedien? Eine gesunde Mutter freut sich über ihr heranwachsendes Kind, das sie unter

dem Herzen trägt. Sie sagt nicht: «In mir ist ein Embryo.» Ein Kind ist ein Mensch! Und ein Embryo? Eine «Sache», die man ohne Skrupel in ein Reagenzglas stecken, selbstverständlich selektieren und, wenn nicht mehr erwünscht, in den Abfall schütten darf?

Als Gemeinplatz gilt: Ein Embryo ist Leben, ist ein menschliches Lebewesen, ein noch ungeborenes Kind mit Leib und Seele. Es ist Gottes Ebenbild, von ihm geschaffen. «Du sollst nicht töten», auch nicht, um anderen Menschen zu helfen. Ohne das Recht auf Leben gibt es auch das Recht auf Gesundheit nicht. Das leuchtet auch einem Ungläubigen ein. Folgerichtig sind daher sowohl Abtreibung wie auch die «Produktion» von Embryonen im Rahmen der IVF zu verbieten, sonst sind alle «ethischen» Kompromisse nichts als eine verlogene Doppelmoral, genauso wie die Entscheidung im deutschen Bundestag: Deutsche Embryonen sollens nicht sein, ausländische schon.

Paul Osterwalder, Flawil



## Visite de la presse internationale à Expo.02! Dur, dur!

Notre article sur l'Expo.02 critiquant le fait que c'était une juive marocaine qui dirigeait cet événement, paru dans notre No 2 de février, a bouleversé pas mal de lecteurs(trices) et quelques uns d'entre eux étaient assez sceptiques concernant les points soulevant l'impossibilité pour Mme Wenger de ressentir les enjeux helvétiques fondamentaux et l'amour du pays comme l'aurait fait un Suisse(sse) de souche. La première visite de la presse internationale reflète exactement nos doutes et confirme le texte intégral de l'article qu'avait signé notre collaboratrice Mary Meissner mentionnant tous les points spécifiquement suisses, complètement oubliés dans cette exposition.

Deux cars de journalistes étrangers ont donc débarqué cette semaine d'avril dans un chantier, l'exposition, si proche de son ouverture étant en plein boum terminal de construction. A l'arte Plage d'Yverdon les Bains qui prétend représenter la sensualité, le guide désigna un bâtiment allongé et carré sensé représenter des lèvres géantes. Il expliqua qu'à l'intérieur il y aurait des expériences interactives et des explications sensuelles pour décrire aux visiteurs une certaine façon de réfléchir sur le sujet. Au moment où le guide désignait sur la gauche un autre bâtiment en dur, un journaliste mexicain s'exclama avec impatience: «C'est

### E X P O . 0 2

Official-Partner

ça votre conception de la sexualité en Suisse. Je vous souhaite bien du plaisir?» Et un autre d'ajouter: «Et en plus il faut réfléchir!». Un silence glacial s'ensuivit. Départ en direction de Neuchâtel pour communiquer sur un autre thème. «Manna est un gigantesque pudding qui met vos sens en éveil et joue avec la nature et l'artificiel, Partenaire Coop» déclame le guide. Nedd Willard, journaliste américain aux Nation Unie explore: «Y en a marre du plastic et de votre monde artificiel, on en a déjà sur toute la planète. J'apprécie vos efforts, mais c'est LA VRAIE SUISSE QUE JE VEUX VOIR, son cœur, sa terre!». Autre silence desapprobateur des visiteurs. Après la pause restaurant, départ avec la navette Iris pour Morat. Et là on respire, l'air est pur, les pâturages splendides. «Quel beau paysage!», soupire une voix à bord. Réponse du guide: «A droite, le monolithe, une réalisation de Jean Nouvel, célèbre architecte français» Moustache tombante, Sacha pose la question «c'est quoi, votre problème? Vous voulez plaire à l'Eu-

rope, mais vous y êtes déjà en Europe, et en plein centre!» s'étrangle le journaliste arménien de la BBC. Un autre demande encore si notre exposition a été conçue par nos politiciens, puis il vitupère: «Quand les Anglais perde la Queen Mom, ils ne se gênent pas pour lui rendre hommage pendant des jours. Il n'y a pas de honte! Chez vous, je vois bien un travail remarquable et vos emballages techno-conceptuels, mais aucun message où il est écrit: «Aime ton pays». Son voisin, un Iranien, grommèle: «Vous avez un complexe d'infériorité, à l'étranger tout le

monde sait que la Suisse est parfaite, alors montrez-nous ce que vous avez d'unique?»

En conclusion, nous disons, nous, les Démocrates Suisses, que notre pays endetté jusqu'au cou est le seul à réaliser une exposition nationale, **le seul...** voilà son problème. Et nous ajoutons: Est-ce que les milliards engloutis par une Marocaine au passeport suisse ignorant tout de chez nous et n'aimant pas ce pays comme s'il avait été le sien sortira un miracle de sa djelaba? Pourvu qu'il ne soit pas de surcroît virtuel.

Maria de Seimners

## Affaire Borer

Sans vouloir polimiquer sur les causes réelles ou embellies par les médias des galipettes de Monsieur Borer, il y a lieu de savoir que dans le monde entier, et dans toutes les ambassades (j'en ai fréquenté plusieurs) il y a des divorces, des trahisons conjugales, des cachotteries de toutes sortes, même des curtages à répétition. La différence réside dans le fait que l'affaire Borer a été mal gérée et qu'un simple démenti sans fioriture de la part de Joseph Deiss aurait pu stopper commentaires et réflexions inadéquates. Au lieu de

cela, il y a eu le silence de notre chef des Affaires étrangères qui a laissé la situation se dégrader pour en arriver à provoquer tardivement, un départ spectaculaire. Une gifle de plus pour la Suisse déjà malmenée sur le plan financier, bancaire et éthique. Quand on sait, d'autre part, que l'adultère n'est plus un casus belli pour divorcer et que même le T. F. refuse une séparation lorsqu'un enfant naît hors mariage, c'est un comble d'entraîner notre conception de la diplomatie dans un chemin contraire. Mary Meissner

## Le Piloni

Aucune preuve sur le massacre de Jenine

En lisant les nombreux articles et commentaires sur Jenine, plus le refus de Sharon d'accueillir la délégation de contrôle de l'ONU, me rappelle tristement les nombreuses polémiques assassines sur les camps de la mort, les chambres à gaz et autres horreurs confirmées par des «témoins» eux, toujours vivants. Il y a dans cette affaire les mêmes relents de mythe imposé par le politiquement correct mondialisé, le fouet des Droits de l'homme dirigé n'importe où sauf là où ça se passe, et il y aura bientôt chez les Palestiniens un Faurisson qui mettra en doute les affirmations d'angélisme ou de diabolisa-

tion. On se dirige de nouveau vers l'établissement d'une histoire complètement mensongère.

Les copains de l'Union européenne

La coopération se fissure entre les petits copains de l'UE. Berlusconi en Italie se frotte les mains en se gaussant des Français qui «auraient mieux fait de balayer devant leurs portes, plutôt qu'essayer de saboter par des critiques virulentes, le Président italien démocratiquement élu». On n'a pas entendu l'Autriche qui se réjouit en silence, mais n'en ressent pas moins une culpabilisation socialiste de rigueur. Quant à l'Espagne avec Aznar de centre droit, elle veut éviter une situation à la

française lors des prochaines élections et il inclut dans ses discours les thèmes de l'immigration liés à l'insécurité. Il y aura probablement un couac dans ces futures élections régionales; car je connais beaucoup d'Espagnols qui en ont ras le bol de l'avalanche continue des maghrébins et autres clandestins. On a lu dans la presse la façon désastreuse avec laquelle ils ont traité ces immigrés qui amerrissent sur leurs plages, mais cela n'a pas l'air de dissuader ces affamés, laissés pour compte et rejetés par leur gouvernement, de rester dans des porcheries pires que leurs domiciles natals. Quant à la Belgique, elle va au devant de turbulences à cause des Wallons qui luttent de longue date contre la partie française du pays. Evidemment, je les comprends, l'exemple de leurs cousins du sud est plutôt négatif.

On passe tout à la Russie?

Pour cette question, les Droits de l'homme n'existent pas. C'est triste de lire que la Russie devient un enfer pour les catholiques; elle qui d'après les prédictions de la Vierge à Fatima a dit que la paix dans le monde ne reviendrait que lorsque la Sainte Russie accepterait de lui être consacrée. Peut-être que les popes ont peur de perdre leur pouvoir récemment repris et que Poutine n'a aucune intention de stopper son armée, surtout s'il veut reprendre l'Ukraine très catholique et éradiquer de la carte la Tchétchénie.

Les méthodes de répression ont commencé par l'arrestation à l'aéroport de Sheremietevo du Père Stefan Caprio qui habitait

Suite en page 14

## Le Pilori

Suite de page 13

depuis dix ans le pays. On lui retira son visa. De son côté l'Evêque polonais Jerzy Mazur a été refoulé du même aéroport. Il revenait de Varsovie et on lui retira à lui aussi, son visa d'entrée. Monseigneur Mazur s'occupe du diocèse d'Irkoutsk, le plus vaste du monde, comptant 32 prêtres et 50'000 fidèles. Comparativement c'est peu, mais c'est encore trop de gens qui peuvent être «contaminés» par un prosélytisme latent!

Mais la vraie raison, c'est l'utilisation par les habitants de l'île de Sakhalin proche du Japon d'avoir sur des documents diocésains, imprimé le nom de Karafuto au lieu de Sakhalin. Oui, vraiment c'était un crime de lèse-majesté et cela mérite l'expulsion de catholiques chaque fois qu'une occasion se représentera. N'oublions pas que la religion orthodoxe est bien implantée en Russie et les Papes se mêlent discrètement de politique, quand ce n'est pas ouvertement, c'est officieusement.

## Elections françaises

Pour une fois, il n'y a rien à dire. Tout ce que nous avions prévu s'est réalisé et basta. Maintenant il n'y a plus qu'à attendre. Chirac, très intelligemment et avec ruse, est enfin arrivé, après plusieurs tentatives qui ont été vouées à l'échec, à s'installer au sommet d'un pays ingouvernable pour jouer à son petit grand Président flanqué d'un premier ministre qui est loin d'avoir l'allure d'un Jospin. Cet homme rondouillard et à l'allure pateline sera un employé modèle, digne serviteur de l'Elysée, et ne fera pas ombre au grand Chirac. Bien joué monsieur le Président.

## A malins, malins et demi

Il y a des rumeurs qui ne sont pas toutes infondées. Parfois il est bon de s'y attarder un tout petit peu et de se poser des questions. Ainsi ces incendies volontaires qui éclatent dans l'ouest lausannois, ne sont pas si mystérieux. Il paraît, que les sans papiers sur la défensive quant à leur renvoi, se sont donné le mot pour compenser leurs frustrations, de provoquer des dégâts moyens, dans des propriétés moyennes, pour obtenir du travail au noir moyen. Ils savent que d'autres problèmes plus importants occuperont les esprits et de ce fait ils pourront prolonger leur séjour clandestins avec une subsistance assurée. Doit-on toujours croire aux on-dit?

## Deiss, digne serviteur du tonneau des Danaïdes

Notre fameux ministre des distributions financières tous azimuts ne se contente plus de voyager aurais de la Princesses les poches pleines

de promesses économiques et de manne financière pour les pays pas toujours les plus pauvres, il assure, après sa visite au Kosovo, que tout va bien maintenant là-bas et que si 3000 réfugiés musulmans veulent bien retourner chez eux volontairement, ceux-ci seront (il ne parle pas des autres) aidés financièrement dans le cadre de «l'aide au retour». Bravo mesdames et messieurs les Kosovars, vous avez réussi un coup de maître. Vacances payées, soins médicaux divers et pécule pour votre avenir tiré de nos poches! Bien joué. Nous aussi, citoyens muets on nous a bien joué.

## Attitude stalinienne

Il est normal que les Etats Unis refusent catégoriquement de participer à la Cour pénale internationale permanente, comme annoncé par le secrétaire d'Etat Marc Grossman (juif-ami d'Israël) puisque l'objectif du TPI est de juger les crimes de guerre. C'est naturellement logique, puisque les Américains sont d'accord de juger les autres, mais ne veulent et n'acceptent pas d'être jugés eux-mêmes. Ils parlent de possibilités de poursuites sans fondement contre leurs militaires ou autres responsables. Ils choisissent une fois de plus l'unilatéralisme, car à dit Bush, «nous sommes le chef de file du monde pour ce qui est d'amener des gens devant un tel tribunal. Donc, nous avons compris que ce n'est pas une situation pour nos combattants, nos diplomates et nos hommes politiques». C'est très bien de votre part, Messieurs les Maîtres du monde, vous reconnaissez au moins que vous encourriez de trop gros risques en vous laissant entraîner dans cette galère!

## Jusqu'à la nausée

Depuis le 22 avril, la France devient le plus nauséabond des émetteurs de nouvelles à répétition. On dirait qu'une bande de perroquets s'acharnent à seriner sur les ondes et dans les journaux, sans arrêt des formules antilepénistes, persuadés qu'ils sont de convaincre le bon peuple par ce système écoeurant jusqu'à la nausée.

D'ailleurs, ils ont pris modèle sur les USA qui, au lendemain du 11 septembre, ont fait de même, projetant en boucle le plus effroyable montage du siècle, répétant à satiété des contre-vérités invérifiables, toute cette imposture inventée pour tournerboulé les esprits afin que les victimes américaines ne puissent situer la terrible vérité. (Lire l'Effroyable imposture de Thierry Meyssan.)

On dirait que la mode du complot d'Etat mensonger fait tache d'huile et que les refus populaires télévisés se multiplient un peu partout, les vaincus électoraux refusant le verdict des urnes. Comme ce sont les plus violents, les plus bêtes et ceux qui crient le plus fort, ceux qui

adorent s'agglomérer en cortège dans les rues en brandissant des slogans meurtriers, ce sont eux que les médias chouchoutent car ils ont enfin de quoi remplir leurs heures d'émission, ou leurs colonnes journalistiques.

Cette dégringolade «démocratique» est une honte pour les millions de citoyens qui, conscients de leur rôle positif, restent calmes, chez eux, réfléchissant au bien-fondé de ce remue-ménage. Alors ils attendent, comme les mondialistes et les multinationales ont attendu plusieurs décennies avant de contrer efficacement les revendications syndicales qui devenaient de plus en plus exigeantes, et coûteuses à leurs yeux. Et nous avons le mondialisme dans le baba.

## Les assurances maladies se noient

Chez nous comme chez nos voisins, les solutions multiples appliquées au système des assurances-maladie est en train de s'effondrer. Si en France la sécurité sociale tient encore plus ou moins debout mais s'écroule sous la mise en œuvre «intelligente» des 35 heures, en Suisse, ce sont les assureurs privés qui vont bientôt déposer leur bilan. Avant, nous avions une augmentation des primes une fois par année, et en rechantonnant les assurés payaient, mais maintenant que les primes augmentent en cours d'année, malgré les 20% de réserves obligatoires, il y a des grincements de dents. De plus, ne proposer comme remède à cette situation que des changements de caisses «pour stimuler la concurrence», je ne vois pas ce que la concurrence a de si valable dans ce contexte. Cela ressemble fort à des opérations commerciales qui n'ont rien à voir avec la santé.

Evidemment, je m'excuse, j'ai oublié que nous sommes devenus, nous aussi, des marchandises et qu'on nous prend en plus, pour des vaches à lait que l'on traite dès qu'une fièvre apparaît. Les explications données par d'éminents spécialistes ressemblent à l'effroyable imposture américaine, qui lance des millions de gens dans la guerre, la maladie et la pauvreté.

## Ceux qui ne sentent pas la rose

Pour rester dans ce contexte qui nous prend pour des cochons de payeurs, il y a des points précis qui sentent non seulement mauvais (odeur de tabac froid ou de cigare puant) mais sont dangereux puisqu'il provoquent des incendies de forêts (de plus en plus importants) et des incendies d'immeubles dus à des matelas ou literie enflammés par des mégots de cigarettes. Ajoutons les cancers coûteux pour les adeptes et surtout pour les non-fumeurs qui sont tués à petit feu sans que la justice s'emmêle. Evidemment, pour les juges c'est plus facile de s'attaquer à des citoyens bien portants qui osent utiliser les mots

de race, ou de détail, figurant dans le Larrousse mais honnis par les sectaires droit de l'hommesques. Tout cela coûte cher.

Actuellement, 3% des assurés sont des fumeurs qui émargent aux remboursements maladie à raison de 45%. Mais ce chiffre de 3% est trompeur et ne s'applique qu'à des cas avérés. Il y a au moins 50% de fumeurs qui n'ont pas recours à l'assurance.

Aie, aie, aie, s'ils décidaient de s'assurer, les caisses maladie feraient toutes faillite sur le champ. A noter que les médicaments antitabac ne

Suite en page 15

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

## ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:

Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des  
**Démocrates Suisses** **DS**

### Secrétariat central:

Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch

### Rédaction:

Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
E-Mail:  
sd-ds@bluewin.ch

Suite de page 14

sont pas remboursés. Mais de quel droit certains assurés s'en plaignent-ils, puisque qu'ils sont responsables de leur vice. C'est si facile de dire NON aux premières offres de vilaines sirènes.

## Pauvres paysans

Il est étrange que monsieur Couchepin affirme que sans les 40% d'aides compensatoires distribuées aux paysans, ceux-ci devraient fermer boutique? Dans le même temps, lors du procès de Coop et Migros contre eux, ils ont prouvé que leurs moyens d'existence avaient diminué de 40%, je dois avouer que j'y perds mon latin.

De toutes façons, notre Conseil

Fédéral a inscrit dans la Constitution le Droit de Grève, donc pourquoi nos grands distributeurs demandent-ils un remboursement? Dans nombre d'usines, quand les ouvriers font grève, on ne leur demande jamais des comptes!

En plus, il y a des revendications d'emprisonnement nécessaire, c'est un comble. Ces deux maisons font suffisamment de bénéfices pour écouter ceux qui les font vivre et octroyer quelques francs de plus pour leur viande. Les consommateurs, épouvantés par l'ESB, sont de plus en plus nombreux à accepter une hausse des prix pour une qualité contrôlée. Au lieu d'entretenir des «fondations» improductives, il y aurait lieu de donner cet argent aux agriculteurs.

*Octopus*

## OGM ça n'en finit pas

Non seulement la COOP a dû retirer de ses rayons, les monceaux de maïs transgénique importé des USA, mais n'a-t-on pas trouvé dans un laboratoire à Lausanne si je ne fais erreur, le pourquoi de la blancheur de certains vins du terroir vaudois. Alors, ni une, ni deux, les encaveurs frétilent dans la perspective de pouvoir vendre davantage de ce vin génétiquement modifié en passant, pourquoi pas, par la COOP.

## 3 heures avec EXPO.02

J'ai regardé hier soir cette émission extrêmement longue qui ne m'a rien apporté de nouveau, puisque les thèmes choisis avaient déjà été traités en long et en large par les médias suisses. L'impression finale a été que si je devais me déplacer pour soupeser les perspectives de mon pays dans le futur basées spécifiquement sur les sujets traités, ce serait une perte de temps. Point n'était besoin de demander à des Fendt, Pipilotti ou Wenger d'«inventer» à coups de millions, de simples mise en scènes doublées de leçons structurelles. Quant au déploiement d'orchestres, de pièces de théâtre, de chants multiculturels, pourquoi aller se «cougner» dans une exposition alors qu'il n'y a qu'à ouvrir la radio pour obtenir

les mêmes prestations? Parmi les thèmes choisis, celui de l'immigration et de la protection de la famille a été le plus discuté, mais a aussi reçu le plus mauvais score quant à l'immigration de «cerveaux étrangers» pour aider nos futurs bénéficiaires AVS à recevoir leurs rentes complètes. Pensez donc, deux jeunes travailleurs pour un retraité, quelle catastrophe! Croit-on vraiment qu'en augmentant la population en Suisse de cette manière artificielle on solutionnera ce problème? Les immigrés eux aussi deviendront vieux, et ce rééquilibrage momentané, basculera de la même façon plus tard, et il faudra recommencer à «importer». A-t-on calculé combien il faudrait de travailleurs Indiens et Chinois, (ce sont les deux ethnies proposées) (seuls ou avec leurs familles) et combien cela nous coûterait en constructions nouvelles, donc bétonnage, et infrastructures nécessaires? Dans le même temps, il y a des farfelus qui ajoutent à ce montage socialiste l'allocation universelle, sans distinction.

Vraiment les progressistes n'arrêtent pas de soumettre des propositions même les plus ridicules pour prouver qu'ils existent, qu'ils ont des idées, et que nous devons avancer coûte que coûte, même si c'est absurde. Est-ce vraiment le bon terme: «Avancer»?

*Maria de Seimners*

## Secret bancaire mon beau souci!

Ce sujet d'actualité mérite qu'on s'y arrête encore une fois, vu que l'UDC a demandé que le secret bancaire soit inclus dans la Constitution fédérale. Ce qui est paradoxal, c'est que les Deiss et Couchepin, hésitent à soutenir ce projet d'une manière franche et positive. Si l'on se souvient de l'affaire des comptes en déshérence, nos banques n'auraient jamais dû payer des milliards de francs si la Suisse, à

l'instar des pays comme l'Espagne, les Pays Bas, la Belgique ou les USA, qui ont refusé catégoriquement de rembourser quoi que ce soit au CJM, avait inscrit dans sa Constitution que les avoirs bancaires non réclamés après la guerre étaient automatiquement transférés à l'Etat. La France elle-même n'a pas donné suite à la restitution d'œuvres d'art, et encore moins n'a remboursé quoi que ce soit.

## France, ta démocratie fout le camp!

A entendre les commentaires tant audiovisuels qu'écrits après la publication des résultats des votations ce week-end en France, le plus choquant est certainement cette sensation de rage et de frustration qui émane de la gauche oubliant qu'elle est aussi caviar et proche de la droite, surtout ces derniers temps ravageurs de bouleversements internationaux. De plus, les frustrés interrogés par des journalistes acquis à leur tendance politique, ne parlent que de démocratie comme étant leur prérogative personnelle, alors qu'ils agissent en dictateurs inconditionnels de la pensée unique. Mais la démocratie c'est l'acceptation «démocratique» des décisions populaires et la reconnaissance inconditionnelle du verdict des urnes représentant les convictions de chacun. En cas de votations la majorité l'emporte. Chaque fois qu'il y a aussi une levée de mains au gouvernement, et que le calcul démontre que la gauche est majoritaire, il ferait beau voir de contester même une voix de différence. Ce serait le tollé général. Mais cette attitude est unilatérale et propre à la gauche.

Ce qui se passe aujourd'hui en France et qui continuera demain, c'est cette fâcheuse tendance des

gauchistes à hurler en cortège dans les rues pour revendiquer des promesses non tenues ou des rassemblements au sommet qui leur déplaissent. En cas de répression, ils crient à l'abandon de la démocratie, la gauche s'étant appropriée ce terme comme d'ailleurs aussi celui du cœur. Ils ajoutent en plus les vocables de nazisme, pétainisme ou fascisme. Ils oublient qu'ils sont marqués du sceau de Staline, de goulags et d'asiles psychiatriques. Y a-t-il en France possibilité maintenant de raison garder?

On n'entend que la gauche et l'extrême gauche pleurnichant sur le départ de Jospin l'homme qui a beaucoup promis et très peu tenu, ils font tellement de vacarme (c'est d'ailleurs une habitude chez eux), que les médias contaminés leur offrent une belle place pour leurs déclarations embarrassées négatives, alors que Le Pen et son parti nationaliste sont étouffés et voués aux Gémonies et assassinés avant le 2e tour. La tactique de l'étouffement et du silence essaie encore une fois de s'implanter. La meute droitiste fortement contaminée de rouge se joint à ces mouvements gauchisants, ce qui fait prévoir du futur président, si c'est Chirac, de belles et vagues promesses pré-

sentées au conditionnel pour expliquer un attentisme de circonstance devant les engagements de Maastricht et de Bruxelles. Ce président, quel qu'il soit, sauf si c'est une forte tête comme Le Pen, obéira aux ordres de l'Union Européenne, appuyés par la politique monétaire de l'Euro.

Ces vrais problèmes ont été occultés par ceux qui crient le plus fort, et ils oublient les démonstrations de rue, les débrayages, les grèves à répétition, le totalitarisme de lois iniques qui étranglent le peuple, une justice partielle, les affaires sales de prévarication au sommet, les crimes étranges qui restent impunis, les violences et la drogue apanages de l'immigration, l'obséquiosité devant l'OTAN, et j'en passe. Alors ces citoyens prétérités, oubliés, subornés se sont enfin révoltés grâce à ces votations, soit en refusant de se déplacer ou en votant pour le Front national. Ils n'ont pas d'autre alternative devant la gabegie qui s'installe et la perte d'identité qui s'infiltrer subrepticement à tous les niveaux de la société.

Je plains Chirac s'il reste Président, car il devra changer son gouvernement et mettre bien au rencard les vedettes jospinistes s'il ne veut pas être submergé par des vagues d'extrême gauche qui ont causé tant de malheurs. Il faudra qu'il annule promptement les décrets et les lois scélérates comme les 35 heures ou les privatisations et qu'il promulgue

immédiatement d'autres édits vraiment démocratiques, sans cette parodie socialo-marxiste. Il devra choisir un Premier Ministre qui n'agira pas comme Jospin se mettant en première place avec arrogance dans les meetings internationaux, comme s'il était le Président.

De toute manière, la France suit le mouvement de balancier qui se dessine dans le monde où la droite reprend du poil de la bête. En Suisse, l'UDC (parti agrarien) monte en flèche et obtient de plus en plus de sièges dans les différentes parties du pays, en Italie, Forza Italia, Prodi et Berlusconi ont été quasiment plébiscités, en Autriche Haider et ses partisans tiennent bon, en Angleterre on reparle de Lady Thatcher. En Espagne Aznar n'est pas de gauche, au Portugal les élections ont fait basculer les tendances, aux Etats Unis, Bush à remplacé Clinton fortement teinté de rouge, en Australie les mesures se renforcent contre une immigration sauvage, et les pays scandinaves commencent à basculer lentement. Cet article a été écrit à la suite des commentaires français qui n'osent pas appeler un chat, un chat, je me demande bien pourquoi? Manque de courage ou continuation de bla-bla-bla ne se concrétisant jamais? Mettons le disque de Dalida: «Paroles, paroles!» Il est temps que la belle France ne se laisse plus bernier en prenant des vessies pour des lanternes.

*Mary von Meissner, Genève*

## SD-Protest gegen Ausländer-Ausschreitungen

Am 1. Mai ist es in Zürich wieder einmal zu den berüchtigten Randalen gekommen. Besonders erschreckend ist, dass es diesmal Ausländer der zweiten Generation, sogenannte Secondos waren, die sinnlos gewütet und gebrandschatzt haben. Die Schweizer Demokraten protestieren energisch dagegen, dass sich Ausländer in der Schweiz

immer unverschämter benehmen. Die SD fordern energische Massnahmen vom Bundesrat, ansonsten die Schweizer in absehbarer Zeit im eigenen Land nichts mehr zu sagen haben. Und solchen Leuten will der Bundesrat, unterstützt von Linken und Netten, eine erleichterte Einbürgerung ermöglichen! Bezweckt man mit solchen

erleichterten Einbürgerungen womöglich, dass in Zukunft nicht mehr Ausländer, sondern Pseudoschweizer die Macht in der Schweiz ergreifen? Auch die Ausländerkriminalität würde schlagartig verschwinden, wenn man alle Ausländer einfach einbürgern würde!

Baden, 1. Mai 2002, Dr. Dragan Najman, Pressechef SD Schweiz

## Dank an Lonny Flückiger

He. Die Parteileitung der Schweizer Demokraten (SD) möchte es nicht unterlassen, Lonny Flückiger, welche aus persönlichen Gründen als 1. Zentral-



vizepräsidentin zurückgetreten ist, für den langjährigen grossen Einsatz für Volk und Heimat zu danken. Lonny Flückiger will sich jetzt mehr Zeit für die Familie, insbesondere für ihren Mann, Kinder und Grosskinder nehmen. Wir hoffen aber, dass sich Lonny Flückiger nicht gänzlich aus der Politik zurückzieht. Jedenfalls bleibt sie dem SD-Zentralvorstand weiterhin als Kantonalpräsidentin des Kantons Neuenburg erhalten.

Lonny Flückiger zeichnete sich insbesondere durch ihren grossen Einsatz gegen die Überfremdung und den Asylrechtsmissbrauch aus. Ende der 80er-Jahre kippte sie in einer denkwürdigen Referendumsabstimmung im Kanton Neuenburg das Ausländerstimm- und Wahlrecht. Damals sammelten die SD im Alleingang über 10'000 gültige Unterschriften innerhalb von wenigen Tagen.

## SD und Lega lehnen weitere bilaterale Verhandlungen mit der EU ab

**Die Schweizer Demokraten (SD) und die Lega dei Ticinesi, als Urheber des Referendums gegen die ersten bilateralen EU-Verträge, fordern den Bundesrat auf, die zweite Runde der bilateralen Verhandlungen mit der EU unverzüglich einzustellen.**

Der Beitritt der Schweiz zu Schengen liegt keineswegs im Interesse unseres Landes, weil damit die innere Sicherheit geschwächt würde. Die Abschaffung der Grenzkontrollen und der Ersatz durch die so genannte Schleierfahndung sind der inneren Sicherheit in der



Informationssystemen wie Schengen oder Dublin keinesfalls wettgemacht. Die Forderung nach einem Schengen-Beitritt dient einzig

Schweiz abträglich. Insbesondere werden die gravierenden Nachteile beim Grenzschutz auch durch den Zugang zu

dem Ziel, diese Hürde für einen EU-Beitritt der Schweiz aus dem Weg zu räumen.

Zudem gibt es von Schweizer Seite gegenwärtig überhaupt keine Forderungen an die EU, welche Verhandlungen über das Bankkündengeheimnis rechtfertigen würden. SD und Lega stellen sich ohne Wenn und Aber hinter das Bankkündengeheimnis. Jegliche Verhandlungen über eine Aufweichung des Bankgeheimnisses sind deshalb abzulehnen.

Giuliano Bignasca, Nationalrat Lega-Präsident; Flavio Maspoli, Nationalrat Lega; Rudolf Keller, a. Nationalrat, Präsident SD; Bernhard Hess, Nationalrat SD

**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

## SD gegen Schenger Abkommen und bilaterale EU-Erpressung

Die Schweizer Demokraten haben an ihrer Delegierten-Versammlung in St. Gallen einstimmig eine Resolution an den Bundesrat verabschiedet. Die SD fordern den Bundesrat auf, sich nicht weiter durch die EU erpressen zu lassen und die bilateralen Verhandlungen «2» abzubrechen. Die EU verlangt bei diesen Verhandlungen, dass die Schweiz durch Übernahme des sog. «Acquis communautaire» in Zukunft sämtliche neuen EU-Gesetze ohne jedes Mitbestimmungsrecht übernehmen und nachvollziehen muss. Ein

solches Diktat sollte eigentlich für jeden selbstständigen Staat mit einer einigermassen funktionierenden Regierung à priori unannehmbar sein. Leider ist unser Bundesrat offensichtlich nicht im Stande, dieser Forderung der EU einen energischen Riegel zu schieben und Verhandlungen mit einem solchen Partner sofort abzubrechen. Auch einen Beitritt zum Schenger Abkommen lehnen die SD mit aller Schärfe ab. Dieses Abkommen wird dem Bürger schmackhaft gemacht mit der Aussicht auf wunderbares Reisen in

alle EU-Staaten ohne Pass- und Zollkontrollen. In Tat und Wahrheit bringt es aber insbesondere den Verbrechern «ein Paradies auf Erden». Ein Verbrecher muss nur irgendwo eine EU-Grenze überschreiten, z.B. an einer einsamen Küste in Griechenland oder Schottland und kann danach ohne jede Grenzkontrolle in alle dem Schenger Abkommen angeschlossenen Ländern ein- und ausreisen und sein Unwesen treiben.

Dr. Dragan Najman  
Pressechef SD Schweiz

## «Sans papiers» – das goldene Tor!

Geht das, wenn gar keine Aussicht besteht, wenn ich nicht verfolgt werde, aber trotzdem etwa als Iraker in der Schweiz leben und arbeiten möchte? Kein Problem! Man überquert die praktisch nicht bewachte Landesgrenze irgendwo und stellt einen Asylantrag; natürlich mit den entsprechenden Angaben und «Fakten». Dann ist die Beratung bei den Hilfsorganisationen und Büros sehr wichtig. Alle möglichen Rekurse sind zu ergreifen und so vergehen Jahre, während denen man in diesem schönen und

reichen Lande arbeiten und sparen kann. Natürlich gibt es viele, die ein schönes Zubrot mit Heroin oder intensiver Schleppertätigkeit verdienen; doch es geht auch ohne. Man muss keine Not leiden, es gibt soziale Dienste, Vergünstigungen, freies Essen und Unterkünfte und viele Organisationen, die uns beistehen. Es ist sogar möglich, ein schönes Geld nach Hause zu schicken. Sollten aber, entgegen der üblichen Erfahrung, alle Anträge und Rekurse negativ verlaufen, kann man einfach seine Papiere

verschwinden lassen (vernichten oder verstecken)! Ohne Papiere kann nämlich in der Schweiz niemand ausgewiesen werden. Falls die Behörden möglichst schnell Ersatz der Papiere und des Passes beschaffen möchten, kann sich der Abgewiesene ja ganz einfach nicht mehr ganz sicher an seinen Namen, seinen Geburtsort und seine Nationalität erinnern. Das kann doch vorkommen! Vielleicht gibt er den Behörden auch etwas andere Daten an und so kommen die Jahre ins schöne Schweizerland und wir können bleiben und werden eingebürgert...

Dein Ali Mustafa, Asylbewerber